



Bad Godesberg trauert: Niklas P. ist tot – Demo gegen Gewalt soll sabotiert werden



Zu den unzähligen deutschen Opfern, die in der Vergangenheit von fremden Tätern totgeschlagen wurden und für die Politiker und Kirchen keine öffentlichen Gedenkfeiern durchführen, keine Lichterketten bilden und nach denen keine Straßen und Plätze benannt werden (bei [Daniel Siefert](#) wurde der [Trauerzug sogar verboten](#)), gehört jetzt auch der 17-jährige Niklas P. aus Bad Breisig, der in der Nacht zu Freitag in der Bonner Universitätsklinik seinen schweren Verletzungen erlegen ist, wie die Polizei am Morgen mitteilte. Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie und den Freunden, die keine Lobby haben, weil sie in einem Land leben, in dem Täterschutz (sofern es sich um ausländische Täter handelt) vor Opferschutz geht.

(Von Verena B., Bonn)

Wie [PI berichtete](#) wurde Niklas, der sich mit Freunden auf dem Heimweg von „Rhein in Flammen“ am Samstag um 0.20 Uhr an der Bushaltestelle Rondell Rheinallee aufhielt, grundlos von vier bislang unbekanntem „jungen Männern“ der Spezies „brauner“ beziehungsweise „brauner, dunkler Hauttyp“ attackiert. Drei von ihnen schlugen auch weiter auf das wehrlose Opfer ein, als es schon am Boden lag. Sie schlugen ihn einfach tot!

Die Staatsanwaltschaft Bonn hatte am Dienstag eine Belohnung von 3.000 Euro für sachdienliche Hinweise zur Ergreifung der Täter ausgesetzt und am Dienstag vor Schulbeginn in unmittelbarer Nähe des Tatorts 800 Flugblätter verteilt, weitere 500 an Schulen und Geschäfte. Am Donnerstag wurden außerdem Flugblätter auf Türkisch und Arabisch ausgeteilt – vielleicht kennt ja ein Türke oder Araber sonnengebräunte Deutsche, die den jungen Mann erschlagen haben!

Alle Godesberger Multikulti-Irren sind plötzlich entsetzt über diese „neue Dimension der Gewalt“. Das Geheul ist groß!

Der [General-Anzeiger schreibt](#):

Heute um 12 Uhr haben alle Totenglocken in Bad Godesberg ein Toten- und Mahngeläut angestimmt. Das Geläut wird am morgigen Samstag zur gleichen Uhrzeit wiederholt. „Wir wollen damit ein Zeichen der Anteilnahme setzen und fordern alle Bürger auf, beim Erklingen der Glocken einen Augenblick innezuhalten und an Niklas und seine Angehörigen zu denken. Auch soll das Geläut eine Mahnung für ein Miteinander ohne Gewalt sein,“ so Dechant Wolfgang Picken. Am Nachmittag stellte die Kirchengemeinde ein Kreuz mit Niklas' Namen am Tatort auf.

„Der Tod von Niklas ist eine tragische Zäsur im Leben seiner Familie aber auch in dem von Bad Godesberg. Uns muss klar sein: Es muss uns allen eine Verpflichtung sein, alles dafür zu tun, dass so etwas nie wieder geschieht“, so Picken. Seit dem Mittag liegt auch ein Kondolenzbuch in St. Marien, Burgstraße, aus. „Wir werden dieses Buch später den

Angehörigen übergeben und hoffen, dass es ihnen Trost sein kann“, sagt Godesbergs Dechant weiter. Am morgigen Pfingstsamstag wird in der Pfingstnacht um 22.00 Uhr in der Herz Jesu Kirche, Beethovenallee, an Niklas und seine Familie im Gebet gedacht. „Auch zu diesem Gottesdienst laden wir alle Bürger herzlich ein. Es wird gut tun, in Gemeinschaft zusammenzukommen, innezuhalten und Gottes Geist des Trostes und des Friedens zu erbitten“, so Picken.

Bevor der fromme, extrem humanitäre, islamkriechende Dechant Picken, der begeistert die staatsfinanzierte Rote SA unterstützt, mit seinen dummen Schafen für Niklas betet, hat seine Schlägertruppe allerdings noch viel Arbeit: Eine für Samstag, 14 Uhr am Tatort Rheinallee angemeldete [Kundgebung „Stoppt die Gewalt“](#) soll unbedingt verhindert werden.

Zu diesem Zweck haben die Antifa-Faschisten von „Bonn stellt sich quer“ bereits drei „Gegendemos“ angemeldet. Unterstützt werden sie dabei von der dahinsiechenden SPD (Scharia-Partei Deutschland). Die Polizei gibt am Samstag ab 10 Uhr Infos rund um das Demogeschehen unter der Telefonnummer 0228 – 15 30 30 und wahrscheinlich auch Tipps, wie die Bürger den staatsfinanzierten Schlägern der Roten SA aus dem Weg gehen können, die auf den Bogidas nicht nur Demo-Teilnehmer, sondern auch unbeteiligte, ältere Passanten mit Schildern schlugen und mit Flaschen bewarfen. Die Polizei rechnet „bislang mit einem friedlichen Verlauf“ der Gegendemo der Verfassungsfeinde. Die aufrechten Patrioten machen nach der Auftaktkundgebung einen Spaziergang durch die Innenstadt mit einer Zwischen- und einer Abschlusskundgebung.

Der grauenvolle Mord hat auch auf Facebook eine heftige Diskussion ausgelöst. Dort war man vor allem empört über die lächerliche Beschreibung der Täter im General-Anzeiger. Die gerügte Bonner Lynchpresse redet sich damit heraus, dass sie einen solchen Hintergrund dann benennen würde, wenn „die Herkunft der Täter bei dem Überfall eine Rolle spielen würde“.

Warum musste Niklas sterben? Wer ist für seinen und den Tod unzähliger anderer Deutscher und Ausländer verantwortlich? Wir klagen die gewissenlosen Politiker, Kirchen und Gewerkschaften an, an deren Händen das Blut unschuldiger Menschen klebt!

» [„Demo gegen Gewalt“](#) in Bad Godesberg: Samstag, 14.5., 14 Uhr hinter dem Bahnhof Bad Godesberg / Von Groote Platz am „Goldenen Löwen“ (am Ort des Totschlags)



Bad Godesberg: Neue Dimension von Gewalt

☒ Nach der äußerst [brutalen Attacke auf den 17-Jährigen Niklas \(kl. Foto\)](#), der in der Nacht zu Samstag am Brennpunkt Rondell Rheinallee (es gibt keine No-Go-Areas) von drei 17 bis 20-jährigen Tätern der Spezies „brauner Hauttyp“ zusammengeschlagen wurde (das deutsche Opfer musste am Tatort reanimiert werden und schwebt noch immer in akuter Lebensgefahr) stehen die Godesberger Bürger und die Polizei unter Schock. Sie habe viel mit Gewalt zu tun, „aber in dieser Form hatten wir das noch nicht“, teilte Polizeisprecher Robert Scholten gestern mit. Das Vorgehen sei „ganz besonders brutal“ gewesen.

(Von Verena B., Bonn)

Inzwischen fahndet die Mordkommission intensiv nach den drei

Tatverdächtigen. Weitere Details gaben die Beamten gestern nicht bekannt. Hierzu verschiedene Stellungnahmen, die dem [heutigen General-Anzeiger](#) zu entnehmen sind.

Die Godesberger Bezirksbürgermeisterin und Islamisierungsbeauftragte Simone Stein-Lücke (CDU): „Ich bin entsetzt über das Maß an Brutalität und Skrupellosigkeit“. Das sei eine „ganz neue Dimension“.

Betroffen ist auch Wolf Kuster, Gründer der Initiative Go Respekt. Überrascht ist er indes nicht. „Die Gewalt und die Bereitschaft, andere aus dem Stand heraus anzugreifen, nehmen zu“, ist seine Beobachtung. „Die schrecklichen Folgen sind neu, nicht die Ausführung an sich.“ Auch in der Vergangenheit habe es gravierende Vorfälle gegeben. 2012 zum Beispiel hatten fünf Jugendliche eine damals 18-Jährige niedergeschlagen. Als sie flüchten wollte, folgten ihr die Täter und schlugen weiter auf sie ein – unter anderem mit einem Notfallhammer. Es sei wichtig, den eingeschlagenen Weg der Sozialarbeit weiterzugehen. Geschultes Personal müsse mit den Betroffenen ins Gespräch kommen „und das nicht nur nachmittags“. Das One World Mobil sei eine wichtige Einrichtung, die Eröffnung des offenen Godesberger Jugendtreffs One World Café unerlässlich.

Die Godesberger Geschäftsleute sind [gegen diese Einrichtung](#), weil sie dadurch Beeinträchtigungen und Störungen befürchten.

Auch Notfallseelsorger Pater Jürgen Langer hat den Eindruck, dass die Gewalt unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zunimmt. Wichtig sei es, den Betroffenen zu helfen, ihnen beizustehen und zu zeigen, dass sie mit ihren Erlebnissen nicht allein gelassen werden. Es sei wissenschaftlich erwiesen, dass „akute Krisenintervention einen positiven Effekt auf das seelische Überleben solcher Ereignisse hat“.

Und wer vertritt mal wieder eine ganz andere Meinung? Richtig,

der gute Koran gläubige, der auf beiden Augen blind ist.

Der [Sozialarbeiter Younis Kamil](#), der mit dem Projekt Rheinflanke in Tannenbusch aktiv ist, hat selbstverständlich „ganz andere Erfahrungen gemacht“. Er sagt:

Schlägereien, auch gefährliche Körperverletzungen kämen vor, „aber es ist immer Schluss, wenn jemand auf dem Boden liegt“. Seiner Meinung nach gebe es keine Anzeichen für eine Verrohung der Jugendlichen. Im Gegenteil: „Ich hatte eher das Gefühl, dass es besser wird.“ Das führt er auch auf die gute (Jugend-) Sozialarbeit in Tannenbusch [Anm.d.V.: 60 Prozent salafistische und kriminelle Bereicherung] zurück. Diese sei in Bad Godesberg noch ausbaufähig. „In Godesberg ist es nicht leicht, da es in mehrere Stadtteile zerteilt ist. In Tannenbusch ist es einfacher, weil es einen Mittelpunkt [Anm.d.V.: fundamentalistische, vom Verfassungsschutz beobachtete arabische Protzmoschee mit Minarett] gibt.“

„Good Godesberg“ hat – wie zahlreiche andere, von muslimischen Herrenmenschen terrorisierte Städte – ein Problem: Unterwerfung oder Reconquista? Der politische Kurs ist klar, hier ist keine Hilfe zu erwarten: Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten. Und wer schaut zu? Die CDU. Unsere Hoffnung ist die AfD, denn die tut weh. Der Islam gehört nicht zu Deutschland.



Schweden: Systempresse stalkt 70-Jährige



Deutschland und

Schweden sind die humanitären Großmächte der EU, die alle Armen und Muslime der Welt eingeladen haben, damit das „Modell Schweden“ und der deutsche Sozialstaat unter den wohlwollenden Blicken der UN und USA mal so richtig ausgetestet (geschwächt) werden. Die Smartphone-Buschtrommeln haben [die Signale „Öffnet Eure Herzen und Portemonnaies“](#) oder „Wir schaffen das“ wohl vernommen und weitergegeben. Eifrige Einladungsschreiber-Schreiber waren und sind die systemkonformen Medien beider Länder, die nebenbei jedwede Kritiker dieser Asyl-Gelage, auch wenn diese die Partys und Medien bezahlen, als Nazis und Rassisten verunglimpfen. Und die Medien tun noch mehr!

(Von Alster)

Wenn zum Beispiel der deutsche Justizminister in so einem Widerstandsnest, das sich seiner Abschaffung widersetzt, über eine justitiare Erfassung und dem Verbot vom Selbstverteidigungs-Pack auf Facebook nuschelt, dann wird das dankbar von den politisch korrekten von uns bezahlten Medien aufgenommen. Frau [Maischberger zeigte freudig erregt](#) solche Facebookeintragen in Einspielern. So geschah das auch bei „Hart aber Unfair“. Die Deutschen sind bekanntlich gründlich, und deshalb müssen Gesetze her; mal sehen, was der blasse Maas noch anrichtet, unser Innenminister hat uns schon mal ein paar [Gesetzesänderungen, die den Asylansturm](#) besser regeln sollen,

angekündigt – sie werden die Lage der Einheimischen garantiert nicht verbessern.

Die schwedischen Medien handhaben Andersdenkende schon länger nicht gerade gesetzeskonform, sie gehen in allen Belangen links-marsch-voran. Während schwedische Mainstream-Medien ganz offen von linksradikalen Gruppen liefern lässt und Gesichter, [Adressen sowie Konten von Andersdenkenden](#) selbst veröffentlicht, überlassen unsere Medien das Gleiche inklusiver Gewaltanwendung noch weitgehendst ihren gehätschelten Antifa-Faschisten und gehen öffentlich diffiziler vor (Eva Herman).

Nun haben die schwedischen Medien aber überzogen, denn in den letzten Jahren hat sich einiges geändert. Die organisierte Verantwortungslosigkeit ihrer moralischen Supermacht ist selbst dem gutgläubigsten Vikingern zu sehr auf die Pelle gerückt – laut Umfragen liegt die von den Medien bekämpfte Partei der Schwedenfreunde, [die Schwedendemokraten, ganz vorn](#).

Der Fall:

Die Zeitung Dagens Nyheter hat ein Jahr lang eine schwedische pensionierte Journalistin und einwanderungskritische Bloggerin durch ihre Journalisten und Fotografen rücksichtslos nachgestellt, um ihre Anonymität lüften und ihr Gesicht öffentlich zeigen zu können. Sie schreibt unter dem Pseudonym Julia Caesar, und hat seit 2010 hunderte kritische Artikel über die kopflose schwedische Einwanderungspolitik geschrieben – wohlweislich [auf einem dänischen Blog](#). Ihre „Sonntagskroniken“ waren sprachlich ausgefeilt, voller Fakten und Heimweh nach dem wahren Schweden und wurden von Zehntausenden gelesen.

Die 70-jährige Bloggerin ging, auch aus Furcht vor Übergriffen durch Linksradikele, in die Offensive und berichtete auf dem Blog, wie der Journalist Niklas Orrenius und die freie Journalistin Annika Hamrud (Foto) sie durch Emails und

persönliche Besuche bedrängten. Sie wohnt abgelegen, und Orrenius plus Fotograf hämmerten an ihrer Tür und belauerten sie durchs Fenster – stalkermässig.

Ihre [Veröffentlichung dieser abscheulichen Nachstellungen](#) (Albtraum) hat inzwischen dazu geführt, dass der linke Journalist Orrenius heftige Kritik einstecken musste, und dass es öffentlich diskutiert wird und die eher politisch inkorrekte Journalistin Marika Formgren rief zum Boykott gegen die Zeitung [Dagens Nyheter](#) auf. Inzwischen hat die „freie“ Journalistin Annika Hamrud der uns schon [bekannten Zeitung Expressen](#), die ja gerne Gesichter, Adressen und Konten von Andersdenkenden veröffentlicht (siehe oben-Link), den Namen und die Adresse von Julia Caesar geliefert.

Die Diskussion ebbt nicht ab, und das Wort Pöbelpresse macht die Runde. Wir haben in den vergangenen Tagen in Deutschland mit der Großoffensive unserer System-Medien für den Massenansturm vermeintlicher Flüchtlinge und der damit einhergehenden Beschimpfung von Kritikern der Invasion viel Pöbelei ertragen müssen (oder abgeschaltet).

Sind diese Medien nun auch Pack? Nein, diese peinlichen pöbelnden Medien sind Pöbelmedien. Wir erheben hiermit das Urheberrecht für die Bezeichnung Pack, denn das ist schon jetzt ein Ehrentitel! Je suis Pack

**Der Kampf gegen die
Islamisierung und die Arbeit**

am Eigenen



[Der Artikel Philip Steins](#) gegen das Auftreten von René Stadtkewitz bei Pegida in Dresden und Michael Stürzenbergers Beitrag über den „[Inneren Kompass einer Freiheitsbewegung](#)“

haben mal wieder

eine klassische Streitfrage unter politisch Inkorrekten auf die Tagesordnung gesetzt: Sind der Islam und Islamisierung eigenständige und fundamentale Probleme unseres Gemeinwesens (so Stürzenberger), oder sind sie nur ein Symptom einer Identitätsschwäche des Westens, die deshalb eine Stärkung der eigenen Identität und nicht einen Kampf gegen den Islam in Europa erfordern, der teilweise sogar als Verbündeter gegen Liberalismus und Amerikanisierung gesehen wird. Ich möchte diesen Grundgedanken zahlreicher (nicht aller) Rechter einmal durchspielen, um zu zeigen, dass dieser Widerspruch nicht besteht und dass die geforderte Stärkung des Eigenen ohne einen Kampf gegen das extrem und aggressiv Fremde nicht zu haben ist. Das wird allerdings keine Einbahnstraße, in der sich Rechte nun liberalistischen Dogmen unterwerfen müssten.

(Von Peter M. Messer)

Der rechte Vorrang einer positiven Identitätsarbeit folgt einem Kern-Oberflächen-Modell: Wenn Menschen über eine starke und definierte Identität verfügen, dann sollten sie auch in der Lage sein, diese zu verteidigen. Um eine geschwächte Identität zu heilen, müsste man sie aber als solche im gesamtgesellschaftlichen Diskurs thematisieren. Mal abgesehen

davon, dass wir gar nicht praktisch den Zugang zu den Medien haben, um eine solche Diskussion anzustoßen, ist sie auch theoretisch nicht möglich. Kulturelle Identität bezieht sich nämlich auf eine große und nicht unter einen Begriff zu bringende Menge an Normen, Verhaltensweisen, Bildern usw. Nun wissen wir spätestens seit dem Soziologen Niklas Luhmann, dass die Kapazität des gesellschaftlichen Diskurses mengenmäßig und zeitlich begrenzt ist: nur eine gewisse Zahl von Themen ist für einen gewissen Zeitraum diskutierbar. Eine – zudem anlasslose – Thematisierung von Identität ist darum unmöglich. Wenn sie erfolgt, dann immer als Reaktion auf eine konkrete Gefährdung, meist durch einen konkreten Gegner.

Identitätsbildung ist sehr oft mit Konflikten verbunden, man denke an die Herausbildung der Idee eines politischen Hellenentums in den Perserkriegen, des französischen Nationalbewusstseins im 100-jährigen Krieg gegen England oder die Bedeutung der Befreiungskriege für das deutsche Nationalbewusstsein. Das gilt auch außerhalb militärischer Konflikte. Der Ägyptologe und Kulturwissenschaftler Jan Assmann hat gezeigt, dass eine intensive Kulturpflege, wie etwa die Erstellung eines Kanons maßgeblicher literarischer Schriften und ihre philologische Bearbeitung, meist die Reaktion auf die Erfahrung eines Kontinuitätsbruches und äußerer Bedrohung sind. Und dann gibt es noch ganz abstrakt die große, in den Sozialwissenschaften irrsinnig mächtige Theoriekeule der Linguistik Ferdinand de Saussures, nach der sich die Bedeutung eines Zeichens nur aus der Differenz zu allen anderen Zeichen eines Zeichensystems ergibt. Identitätsbildung ist ohne Differenzbildung nicht möglich. Deshalb ist die Abwehr einer Bedrohung aus dem Osten, die immer auch als eine Bedrohung der persönlichen Freiheit durch Despotie gesehen wurde, eine der großen europäischen Leiterzählungen seit den Perserkriegen. Das wird uns von den Linken ja auch vorgeworfen, etwa dem Literaturwissenschaftler Edward Said mit seiner Orientalismusthese, nach der die Europäer zur Beschreibung ihrer eigenen Identität ein

negatives Bild des Orients entworfen hätten. Nun bedeutet Konstruktion nicht notwendig freie Erfindung, sondern kann auch Aufbau aus tatsächlich Vorgefundenem bedeuten. Rechte und Konservative, die sich innerhalb Europas nicht klar gegen den Islam stellen, stellen sich jedenfalls selbst außerhalb einer wesentlichen europäischen Traditionslinie.

Das bedeutet nicht, dass sich Identitätsbildung in der Abgrenzung gegen den Islam oder überhaupt in Abgrenzungen gegen andere erschöpft. Es bedeutet nur, dass diese Abgrenzung bereits Teil der Identität ist. Sie ist nicht vermeidbar, schon gar nicht, wenn sie durch konkrete Konflikte ansteht. Dann wird sie sogar zum wesentlichen Aspekt von Identität. Denn wie es Manfred Kleine-Hartlage immer so knapp formuliert: Gesellschaften werden durch Verhaltenserwartungen zusammengehalten. Ich verhalte mich in einer bestimmten Weise, weil ich erwarte, dass andere sich in gleicher Weise oder in einer bestimmten, auf mein Verhalten antwortenden Weise verhalten. In wesentlichen Fragen abweichendes Verhalten wird sanktioniert, angefangen bei Reaktionen auf unpassende Kleidung. Identität ohne daran anknüpfende Verhaltenserwartungen ist ein Fall für die Museumsvitrine. Wenn die Verhaltenserwartungen enttäuscht werden, wird damit auch die Identität der Gesellschaft untergraben oder verändert. Das kann gut oder schlecht sein, nur gleichgültig ist es nie. Tritt also eine wahrnehmbare Gruppe in die Gesellschaft ein, deren Verhalten fundamental von akzeptierten Normen abweicht, und führt das zu keinen Abgrenzungsreaktionen und Sanktionen, ist dies nicht mehr nur Symptom einer Identitätsschwäche, sondern führt zu Rückkopplungseffekten, die die Identität weiter schwächen. Ist der Fremdkörper Islam erst mal in die Gesellschaft gelangt, ist er nicht nur Symptom, sondern eine immer weiter ausgreifende Ursache für Identitätsschwäche. Im Kampf um das Eigene zeigt sich, wer im Kampf mit dem Fremden bereit ist, etwas in die eigene Identität zu investieren. Darum kann ich mich nicht konkreten Konflikten mit dem Anderen durch Rückzug auf fundamentalere

„metapolitische“ Positionen entziehen.

Viele Konservative tun das allerdings. Ein Beispiel hierfür war die Beschneidungsdebatte. Anstatt in die hier aufbrechende Differenz zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und dem Islam hineinzustoßen und die Bresche zu verbreitern (wie es jeder Linker tun würde), hatte so mancher rechter Edeldenker plötzlich kein Problem damit, im selben Schützengraben zu stehen wie die Grünen. Denn nun ging es gegen den Liberalismus und staatliche Eingriffe in die elterliche Erziehungsbefugnis. Und, hat sich diese Positionierung ausgezahlt? Natürlich nicht, denn viel konkreter ging es hier darum, dass sich eine aggressive Minderheit wieder als Sieger über die Mehrheit erwies (und Erwartungen auf weitere zukünftige Siege weckte). Zweitens wurde zementiert, dass männliche körperliche Integrität weniger wert ist als weibliche, denn die Beschneidung wurde nur bei Jungen gestattet, was sich hervorragend in den feminisierenden Diskurs des Mainstreams einfügt. Und obendrein zeigte man mal wieder, dass man kein Verhältnis zur eigenen Tradition hat, zu der die Beschneidung nun mal nicht gehört – im Römischen Reich war sie für Nichtjuden verboten. Man stellte sich gegen das Eigene, um dem ominösen Liberalismus eins auszuwischen.

Machen wir jetzt eine Kontrollüberlegung: Führt die Positionierung gegen den Islam dazu, dass der Rechte eigene Positionen nicht mehr vertreten kann und über den Tisch des Liberalismus gezogen wird? Nein, denn es geht nicht darum, über den Islam statt über die eigene Identität zu diskutieren, sondern anhand der Islamisierung über die eigene Identität zu diskutieren und vor allem etwas praktisch in sie zu investieren. Dabei ist dann auch über Globalismus, internationale Netzwerke, NGOs und auch die US-Politik zu reden – nur eben anhand konkreter Konflikte und nicht abstrakter Theorie, was ein Konservativer eigentlich immer vorziehen sollte. Dass ein pro-amerikanischer Blog wie PI die US-Politik oft genug heftig kritisiert, zeigt die Wirksamkeit

der Arbeit am Konkreten für die eigene Meinungsbildung und -änderung. Natürlich kann man anhand der Islamisierung nicht alle Gegenwartsprobleme thematisieren. Aber das ist anhand eines Gegenstandes ohnehin unmöglich. Und wo der Eindruck entsteht, dass ohne den Islam alles super wäre und etwa Volkszugehörigkeiten in der Politik keine Rolle spielen, können und müssen Rechte dagegenhalten. Nur bieten sich dafür andere Themen an, etwa die Spannungen innerhalb der EU, die wieder andere Grenzziehungen erfordern.

Dazu hat der Kampf gegen die Islamisierung einen unschätzbaren Zusatznutzen: Es ist ein konkreter Konflikt vor der eigenen Haustür, in dem man sich gegen konkrete Menschen positionieren muss: man lernt, überhaupt wieder konfliktfähig zu werden. Das von Konservativen und Rechten gepflegte Kern-Oberflächen-Modell hat den Fehler, dass es davon ausgeht, dass ich mit der Gewinnung abstrakter Überzeugungen auch gleichzeitig die Fähigkeit gewinne, sie praktisch umzusetzen. Nach dieser Logik müsste ich problemlos ins Thaiboxen einsteigen können, wenn ich mich erst mal dazu erschlossen habe, es zu erlernen. Die meisten allerdings, die mit einem Vollkontaktkampfsport beginnen, machen eine andere Erfahrung. Das Austeilen und Einstecken hat viele vorbewusste Komponenten, die nur eingeübt werden können. Und Politik ist nun mal Vollkontakt, die Verteidigung des Eigenen ist eine egoistische und auch materialistische Veranstaltung, in der ich mir selbst wichtiger bin als der andere und ihn von meinem Land und meinem Wohlstand ausschließe. Ich muss jemandem in die Augen sehen und ihm sagen: Ich will dich nicht. Davor schrecken die meisten Konservativen und Rechten zurück, und das ist der Grund, warum sie immer verlieren. Bei ihnen findet sich darum ein merkwürdiges Muster, wonach der Feind entweder sehr tief (Liberalismus!) oder sehr fern (USA!) lokalisiert wird, aber möglichst nicht in konkreten Konflikten mit konkreten Menschen. Es ist so, als ob man den Kampf an der Front verweigert und seine Hoffnungen auf metapolitische Vergeltungswaffen setzt, mit denen man eines Tages das ferne

Zentrum des Bösen zu treffen hofft. Aber selbst falls das irgendwann mal gelingen sollte, ist es wie in richtigen Kriegen: Wenn sich die ideologisch-politische Soldateska erst mal verselbständigt hat und aus dem Land lebt, bleiben Angriffe auf das ferne Zentrum wirkungslos.

Das Gegenbeispiel sind die Hooligans. Die waren ursprünglich unpolitisch, erwarben aber bei ihren „Ackermatches“ die Konfliktfähigkeit, Standfestigkeit und Verlässlichkeit untereinander, die es ihnen ermöglichten, die außerhalb von Dresden und Leipzig bisher größten Protestkundgebungen durchzuführen, bei denen zudem endlich mal die andere Seite Angst hatte. Die Teilnahme an einer zünftigen Schlägerei ist anscheinend nicht durch den Konsum der jüngsten Hörbuch-Adaption von Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“ zu ersetzen. Konfliktfähigkeit muss man einüben, und darum ist die konkrete Positionierung gegen den Islam in Europa auch nicht durch abstrakte Arbeit am Eigenen auszugleichen. Sie ist bereits ein Teil des Eigenen, und zwar der, der uns am meisten fehlt, nämlich die eigene Handlungsfähigkeit.

Gute Nacht Deutschland?

☒ Straßenschläger Fadi Saad – hier bei einer Lesung vor türkischstämmigen Jugendlichen – [wird nun also Polizist in Berlin](#). Cool! Wir lassen uns nicht mehr von den sozialen Konstrukten eingrenzen! Der arme Fadi wurde von unserer archaischen Gesellschaft in die Rolle des bösen Straßenschlägers und Kriminellen gedrängt. Jetzt ist er ein Lieber und grinst nett in die Kamera. Zu schüchtern ist der kleine Fadi, deshalb hat er seinen CDU-Onkel Kriminalhauptkommissar Karlheinz Gärtner mitgebracht. Auch die Mitarbeiter des Quartiersmanagement sind voll des Lobes,

soweit der Tagesspiegel.

(Kommentar von Thom)

In was für einer Gesellschaft leben wir eigentlich, wenn es wirklich auf nichts mehr ankommt. Doofe können Flughäfen bauen, Kriminelle werden Polizisten und Leute die zum Dritten Mal die Privatinsolvenz hinter sich gebracht haben, gründen eine Bank. Frei nach der Logik, wenn man einen Dieb zum Millionär macht, klaut er nichts. Warum machen wir nicht auch Vergewaltiger zu Frauenärzten, Pädophile zu Kindergärtnern und Salafisten zu Angehörigen des Ethikrates?

Einstein fand die Relation zwischen Raum und Zeit, wir verwerfen die Relation zwischen Qualifikation und Erfolg. Wir haben im Rahmen unserer diktatorischen „Wir-sind-nur-gut-Monarchie“ zu einer Glorifizierung des gesellschaftlichen Bodensatzes beigetragen.

Es fing mit einer ökonomisch satten Gesellschaft an, die besonders in Politik und Beamtenapparat scheinbar willkürlich Menschen ohne Qualifikation nach oben befördert. Begünstigend kommt in der zweiten Stufe hinzu, dass Beamte, die ohne Qualifikation auf Posten sitzen, denen sie nicht gewachsen sind, höllische Angst davor haben, dass dies jemand merkt. Und wer merkt es nicht??

Richtig!

Die Doofen. Und so kommt es, dass frei nach Niklas Luhmann, die Dummen im Staatsapparat und in den Parteien – dort, wo es auf Leistung nicht ankommt, nach noch Blöderen Ausschau halten, um sich selbst nicht in Gefahr zu bringen und gleichzeitig den generösen Onkel spielen zu können.

So scheint es dem Onkel Gärtner, der mal ein echter Polizist war, gar nichts auszumachen, dass die Kriminellen Einzug in die Polizei halten. Niemand stört zwischenzeitlich die Ungerechtigkeit, dass allein aufgrund der Popularität, der

Polizeipräsident persönlich die Einstellung des ehrlosen Bürgers bestimmt. „Frech zahlt sich aus“ ist ein Sprichwort, das eher auf die kleinen Dreistigkeiten im Alltag zielt. Hier handelt es sich um keine Dreistigkeit, sondern um einen Systemfehler!

Wenn jemand so viel Mist baut, dass die Sozialfliegen sich nur so auf ihn stürzen, fehlt nur noch etwas Charisma und er ist ein Held. Die Sozialmafia ist auf solche Leute angewiesen, um ihren ideologisch geprägten Wahn der omnihumanistischen Erziehungsfähigkeit bestätigt zu sehen. Da diese Weltverbesserer sich am unteren Ende der Besoldungsskala für Akademiker wähnen und in kriminell handeln linksautonome Gesellschaftskritik vermuten, erfreuen sie sich teilnahmsvoll an Aufstiegen, die sie selbst inszenierten. Speichelleckend bilden sie das Sprungbrett für kriminelle Gesellschaftsversager, damit sie ihre eigene Unzulänglichkeit nicht als naturgegeben akzeptieren müssen. Verkennend, dass ihr Klientel ganz andere Normen und Lebensprinzipien verfolgt, erliegen sie einer Art Stockholm-Syndrom und bewundern bei ausländischen Straftätern die männliche Entschlossenheit, die sie ihren eigenen Söhnen abtrainieren.

Passend zum Diversifikationswahn und zu Quotenregelungen bis in die „Privat“-Wirtschaft hinein, kommt der kriminelle Fadi dem Berliner Polizeipräsidenten Klaus Kandt politisch gerade recht. Als Ausgleich für seinen Posten im Wettstreit mit einer Quotenfrau, muss der CDU-Schwabe wohl der Quote auf andere Weise Genugtuung verschaffen.

Aber nicht nur in Berlin wird die Trennung von Leistung und Erfolg durchgesetzt. Im November 2012 äußert der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, dass er sich eine Migrantenquote für die Einstellung im Bundeskriminalamt vorstellen könne und dafür die Einstellungsvoraussetzungen etwas gesenkt werden können.

Gute Nacht Deutschland!



Islam = Krebsgeschwür



Der Islam ist ein Krebsgeschwür. Glaubt Michael Stürzenberger, der sich für diese Äußerung vor dem Amtsgericht München wegen angeblicher Beschimpfung eines religiösen Bekenntnisses verantworten muss. Recht hat er, meint sein Verteidiger, der [vier Beweisanträge mit knapp 150 Seiten](#) eingereicht hatte, um das faktisch zu fundieren. Darauf komme es nicht an, meint Staatsanwältin Henkel: „Krebsgeschwür“ sei eine „Beschimpfung“, die Fakten interessierten in diesem Zusammenhang nicht. Die Verteidigung hat dies zum Anlass genommen, Frau Staatsanwältin Henkel Nachhilfe zu erteilen, und zwar in Onkologie und Soziologie.

Wenn man die Funktionsweise eines malignen Tumors und die des Islam vergleicht – was kommen da alles für Übereinstimmungen zu Tage!

„In dem Verfahren gegen Michael Stürzenberger (wegen des Vorwurfs der Beschimpfung von Bekenntnissen) zu dem Aktenzeichen 844 Cs 111 Js 126317/13 bedankt sich der Verteidiger für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die ihm mit Schreiben des Gerichts vom 22.10.2013 Anlage 1 eingeräumt worden ist.

Zu der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft vom 15.10.2013 Anlage 2, mit welcher die Ablehnung der vier gestellten Beweisanträge wegen Bedeutungslosigkeit für das Verfahren abzulehnen angeregt wird, zeugt leider von einer völligen Verkennung des linguistischen Zusammenhangs zwischen dem Zeichen und dem Bezeichneten.

Wenn das Bezeichnete, i.e. der Islam, so ist, wie unter Beweis gestellt, dann ist auch die Bezeichnung, i.e. ein Krebsgeschwür, eine exakte sozialwissenschaftliche Analogie zu einem korrekt verwendeten medizinischen Terminus.



Es bleibt das Geheimnis der Staatsanwaltschaft, wieso die Verwendung des Begriffs „Krebsgeschwür“ eine „Beschimpfung“ sein soll, sieht sie sich doch nicht in der Lage, dies zu begründen, und ergibt sich aus dem Zusammenhang der isoliert angeklagten Äußerung doch zweifelsfrei, dass dieser als exakte soziologische Analogie zu einem korrekt verwendeten onkologischen Terminus und nicht als Beschimpfung anzusehen ist.

Indes kann der Faktenresistenz der Staatsanwaltschaft durch einen weiteren Beweisantrag abgeholfen werden:

Der sachverständige Zeuge Prof. Dr. Armin Geus, emeritierten

Professor für Medizingeschichte und als Autor des vielgepriesenen Standardwerkes „Die Krankheit des Propheten“ ist ein international führender Medizinhistoriker und ein ausgewiesener Kenner der Geisteskrankheit des Propheten Mohammed, die sich im Koran, der Hadith, der Sira, dem Islam und leider auch vielen Muslimen manifestiert.

Er ist zu laden über die Universität Marburg, Arbeitsstelle für Geschichte der Medizin, Bahnhofstraße 7, 35037 Marburg und wird folgende Analogien nach dem Werk von Thews et al. zur Pathophysiologie als zweifelsfrei zutreffend und daher nicht „beschimpfend“, sondern „wissenschaftlich“ bestätigen.

Der sachverständige Zeuge wird bekunden: „Auf den Islam trifft alles zu, was man auch über ein Krebsgeschwür sagen kann:

1. AUTONOMIE:

„Bösartige Tumore tragen als Merkmal überschießendes Wachstum körpereigener Zellen, die autonom, d.h. unabhängig von übergeordneten Regulationssystemen des Organismus leben.“

In exakt gleicher Weise leben Muslime zunehmend nicht nach dem Recht ihres jeweiligen Staates, sondern nach der Scharia, wobei sie die Kontrolle des jeweiligen Rechtssystems systematisch unterlaufen, bis dieses zerstört ist. Deutschland, die Türkei, Syrien und Afghanistan unter den Taliban zeigen nur verschiedene Wachstumsgrade des Krebsgeschwürs Islam.

2. LETALITÄT:

„Bösartige (maligne) Tumore sind dadurch gekennzeichnet, dass sie „unbehandelt in der Regel zum Tode des Betroffenen führen“.

Ebenso führt ungehemmte Islamisierung zur vollständigen Zerstörung einer Gesellschaft bis zum Herabsinken auf

Steinzeit-Niveau unter Verlust aller funktionierenden Strukturen, wie in Afghanistan unter den Taliban zu beobachten war und in Somalia sehr fortgeschritten, in Syrien weit fortgeschritten in Echtzeit zu erleben ist.

3. SCHNELLES WACHSTUM:

„Bösartige Geschwülste zeichnen sich meist durch schnelles Wachstum mit hoher Zellteilungsrate aus.“

Ebenso ist der Islam durch ein sehr schnelles Wachstum durch kriegerische Expansion, Infiltration durch gezielte Täuschung und Geburten-Djihad gekennzeichnet, die etwa in Nigeria in den zurückliegenden 30 Jahren dazu geführt hat, dass die christliche Mehrheit zur verfolgten Minderheit und die muslimische Minderheit zur aggressiv verfolgenden Mehrheit geworden ist.

4. RNA-ÜBERSCHUSS:

„Das Zytoplasma weist einen hohen Gehalt an Ribonukleinsäuren auf. Die Kern-Plasma-Relation ist zugunsten des Kerns verschoben.“

Ebenso benötigt jede Gesellschaft ein Erbgut aus Mythen, Religion, Philosophie etc. Wenn aber eine Gesellschaft sich nur noch über ihr ideologisches Erbgut definiert und alle Bereiche von dort her umformt, z.B. Recht, Wirtschaft, Finanzen, Ehe, Familie, Erziehung, Bildung, Wissenschaft usw., dann werden alle sozialen Subsysteme von der Ideologie komplett durchsetzt und vernichtet: Sie können nicht mehr eigenständig und dann gar nicht mehr funktionieren.

5. ENDIFFERENZIERUNG:

„Bösartige Geschwülste sind ferner entdifferenziert: Der Grad der Entdifferenziertheit sagt dabei etwas über die Malignität (Bösartigkeit) aus: Je entdifferenzierter ein Tumorgewebe,

desto maligner ist es normalerweise.“

In keinem totalitären System ist die soziale Differenzierung so weit aufgehoben wie unter dem Islam. Das Deutsche Reich unter dem Nationalsozialismus und die DDR unter dem SED-Stalinismus ließen noch bescheidene Freiräume für manche Menschen und Institutionen, der Islam kennt solche nicht. Der bedeutendste Soziologe des 20. Jahrhunderts Niklas Luhmann hat in seinem Lebenswerk, das auf der Theorie „Soziale Systeme“, der Systemtheorie, beruht, herausgearbeitet, dass funktionierende Gesellschaften durch ihren Differenzierungsgrad funktionsfähig erhalten werden.

Im Recht soll die soziale Nützlichkeit oder Schädlichkeit zählen und nicht die Übereinstimmung mit einer archaischen Ideologie, in der Wirtschaft die effektive und effiziente Distribution von Gütern und Dienstleistungen und nicht die Übereinstimmung mit einer archaischen Ideologie, bei den Finanzen die stabile Kapitalbereitstellung für die Wirtschaft und die Haushalte und nicht die Übereinstimmung mit einer archaischen Ideologie, in Ehe und Familie die gegenseitige Zuneigung und Versorgung und nicht die Übereinstimmung mit einer archaischen Ideologie, in Erziehung und Bildung die Bereitstellung der Trias Kenntnisse Fertigkeiten Verantwortlichkeit und nicht die Übereinstimmung mit einer archaischen Ideologie und in der Wissenschaft die freie Forschung nach neuen Kenntnissen und ihre ungezwungene Kommunikation nach außen und nicht die Übereinstimmung mit einer archaischen Ideologie.

Diese Ausdifferenzierung der sozialen Systeme und ihre Loslösung vom Primat der theopolitischen Diktatur hat Europa durch Renaissance, Humanismus, Reformation, Aufklärung, technische und industrielle Revolution, Liberalismus, Sozialdemokratie und Herstellung eines Kräftegleichgewichts zwischen wirtschaftsliberalen und sozialdemokratischen Kräften mühsam errungen. Die bereits gestellten vier Beweisanträge

sind geeignet, zu beweisen, dass der Islam diese soziale Differenzierung genau so zerstört wie ein Krebsgeschwür die zelluläre Differenzierung, und dass die nicht umgehbare Folge in beiden Fällen der Tod des Organismus ist.

6. DESTRUKTION:

„Im Gegensatz zu benignen Tumoren wachsen maligne Geschwulste invasiv und destruierend. Das bedeutet, daß der maligne Tumor sich nicht an Gewebegrenzen hält, sondern in Organe und Gefäße einbricht und bei diesem Wachstum das ursprüngliche Gewebe zerstört.“

Genau das gleiche Phänomen ist beim Islam bzw. der Islamisierung einer Gesellschaft regelmäßig zu beobachten: Das Rechtssystem wird durch den Geltungsanspruch der Scharia überwuchert, z.B. durch Forderungen nach Schächten, Beschneidung, Muezzinruf, Gebet unter starker Behinderung des Straßenverkehrs, Druck auf alle öffentlichen Einrichtungen zur Einrichtung von Gebetsräumen und Bereitstellung von Halal-Speisen usw. Das Wirtschafts- und Finanzsystem wird durch Einrichtungen wie das Halal-Banking verändert. Ehe, Familie und Erziehung geraten mit Zwangsheiraten, Zwangsverschleierung, männliches Dominanzstreben und massive Frauenunterdrückung, Ehrenmorden etc. unter das islamische Zwangssystem. Bildung und Wissenschaft sind nicht mehr frei, wie unter anderem die Tatsache zeigt, dass der Zeuge Prof. Dr. Armin Geus auf eine Strafanzeige einer saudiarabischen Bildungseinrichtung von der StA Marburg verfolgt und das Verfahren erst eingestellt wurde, nachdem der Verteidiger 30 international renommierte Psychiater benannt hatte, die alle bereit waren zu bestätigen, dass es sich bei „Die Krankheit des Propheten“ um eine korrekte wissenschaftliche Abhandlung auf höchstem methodischen und inhaltlichen Niveau handelt.

So invasiert der Islam destruktiv in alle Bereiche der Gesellschaft und transformiert sie nach dem Vorstellungen des

Arabien des 7. Jh. und des geisteskranken Gründers Mohammed. Und Staatsanwaltschaften und Gerichte machen in dem Irrglauben, es handle sich um eine Religion, fröhlich mit.

7. METASTASEN:

„Häufig bildet der Tumor an anderen Stellen des Organismus Tochtergeschwulste, die man als Metastasen bezeichnet“.

So beschränkt sich der Islam leider nicht auf die arabische Halbinsel, sondern ist in fast alle Staatsgebiete metastasiert und versucht, diese nach seinen Vorstellungen zu transformieren, i.e. nach den Vorstellungen des Koran, der Hadithe, der Sira und des kranken Propheten Mohammed.

8. SCHRITTWEISE KANZEROGENESE:

„Die Umwandlung einer Normalzelle in eine Tumorzelle vollzieht sich in mehreren Schritten“.

Dabei handelt es sich um ein geschehen, dass mit einer „malignen Transformation“ einer Zelle beginnt und sich dann fortsetzt. Es geschieht die „Umwandlung einer normalen in eine maligne entartete Zelle“. An der Entstehung von Terrorzellen aus braven deutschen Jugendlichen, die durch den Einfluss der islamischen Botschaft zu Terror-Sympathisanten und Terroristen geworden sind, lässt sich Ursprung, Verlauf und Geschwindigkeit dieser Entwicklung jeweils nachvollziehen und ist insoweit allgemeinkundig.

Auch ganze Gesellschaften können hinsichtlich ihres Entartungsgrades eingeordnet werden, so sind die Steinigungs-Gesellschaften wie Iran, Saudi-Arabien, Sudan und Somalia Gesellschaften mit 100 % Islamisierung, Christenverfolgungs-Gesellschaften wie Libyen, Syrien, Irak, Sudan und Nigeria Gesellschaften mit 75 % Islamisierung, kippende Gesellschaften wie die Türkei mit gelegentlichen Christenverfolgungen und einem Gegeneinander von laizistischer und islamischer

Bevölkerung Gesellschaften mit 50 % Islamisierung, Gesellschaften wie Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark, in denen Islamkritik bereits staatlich massiv unterdrückt wird, bewegen sich auf 25 % Islamisierung zu, auch wenn der Anteil der Muslime geringer ist.

Generell gilt: Je mehr Tumorgewebe, desto näher der Tod des Menschen. Je mehr Islam, desto näher der totale Zusammenbruch der Gesellschaft und die Rückkehr der Steinzeit.

9. DNA-VERSAGEN:

„Explosionsartiges Wachstum von Tumoren kann durch Verlust von Tumor- Suppressionsorganen (=Anti Onkogenen) verursacht sein. In diesem Fall funktioniert die Abwehr bereits auf genetischer Ebene nicht mehr. Bleibt die DNA-Reparatur der Zelle aus, ist sie verloren: Bei fehlerhafter oder ausbleibender Reparatur wird die Primärläsion irreversibel, und aus der transformierten Zelle kann dann nach einer Monate bis Jahre dauernden Latenzphase ein klinisch fassbarer Tumor entstehen.“

Genauso werden die westlichen Gesellschaften zerstört, wenn sich ihre „DNA“, i.e. ihre jüdisch-christliche religiöse Identität, in Verbindung mit dem historisch einmaligen Erbe von Renaissance, Humanismus, Reformation, Aufklärung, technischer und industrieller Revolution, Liberalismus, Sozialdemokratie und Herstellung eines Kräftegleichgewichts zwischen wirtschaftsliberalen und sozialdemokratischen Kräften, das den Totalitätsanspruch von Religion gleich welcher Art einhegt, nicht gegenüber dem totalitären und ideologischen Islam durchsetzen kann. Die gesunde DNA des sozialen Organismus wird durch islamische Schad-DNA ersetzt, der Organismus wird transformiert und zerstört. Er stirbt.

10. PROLIFERATION VON TUMORZELLEN:

„Nach der malignen Transformation beginnt das autonome,

ungehemmte Tumorwachstum. Der Tumor verbindet sich mit den Leitungsbahnen des Körpers: Von Bedeutung für die Entwicklung klinisch manifester Tumoren ist eine Gefäßeinsprossung in die während sehr früher Wachstumsphasen häufig gefäßfreien Tumoren.

Folge: Wenn auf diese Weise eine Gefäßversorgung der wachsenden Tumormasse erreicht ist, verbessert sich die Versorgungssituation, und der Tumor beginnt erneut exponentiell zu wachsen.“

Diese Phase hat erst im 20. Jahrhundert begonnen. Bis dahin war der Islam auf das Gebiet des nördlichen Afrika, des vorderen, mittleren und fernen Ostens beschränkt, das er militärisch erobern konnte. Mit Billionen Petrodollars hat der Islam sich im 20. Jh. in alle Leitungsbahnen der westlichen Gesellschaften infiltrierte: Rechtssysteme werden gemäß der Scharia transformiert, Wirtschaft und Finanzen geraten in immer größere Abhängigkeit vom Diktat islamischer Staatsfonds, Ehe – Familie – Sippe – Moscheegemeinden bildend zunehmend Subkulturen und Parallelgesellschaften, die nach der Scharia leben und Recht und Sittlichkeit der Gastländer missachten, das bisher freie System von Erziehung – Bildung – Wissenschaft gerät unter Druck, nur noch positiv und zustimmend über den Islam forschen und aufklären zu dürfen, und die Medien sind immer stärker bereit, die Pressefreiheit pro-islamisch zurück zu drängen:

So ist allgemeinkundig, dass über die Täter von Gewaltverbrechen in westlichen Staaten nicht mehr unter Nennung von Herkunftsland und Religionszugehörigkeit berichtet werden darf infolge teils staatlicher Zensur, teils einer Selbstzensur der Presse. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen: Alle Leitungsbahnen der Gesellschaft werden mit Islam verkrebst.

11. IMMUNVERSAGEN:

„An das DNA-Versagen schließt sich das Versagen des Immunsystems an. Tumor-Antigene: Die maligne Transformation ist häufig mit dem Auftreten neuer Antigene an der Oberfläche der Tumorzellen verbunden. Solche Tumor-Antigene lösen vor allem zelluläre, aber auch humorale Abwehrmechanismen aus. Insoweit handelt es sich um die Tätigkeit von Makrophagen, von Lymphozyten, v. a. von T-Zellen, die versuchen, den Tumor zu beseitigen. Hat der Tumor allerdings eine kritische Größe von etwa 10^6 Zellen erreicht, ist er der immunologischen Kontrolle entkommen“.

Noch gibt es eine kleine Zahl von sozialen T-Zellen wie den Angeklagten, welche im Wahrnehmung von Verteidigungsrechten wie Notwehr, Notstand und grundgesetzlichem Widerstandsrecht versuchen, der Islamisierung Deutschlands und Europas Einhalt zu gebieten. Da die Justiz, das eigentliche Immunsystem, aber nicht effektiv gegen die Islamisierung vorgeht (sondern im Gegenteil gegen ihre Kritiker), hat der Westen bildlich gesprochen AIDS, eine tödliche Immunschwäche, so dass der Islam-Krebs sich ungehindert weiter ausbreiten kann.

12. FOLGEN DES TUMORWACHSTUMS:

„Die Folge des Tumorwachstums sind desaströs und schließen „Verlegung von Hohlorganen“, „Arrosion“, „Infektion von nekrotischem Tumormaterial“, „Perforation von Wandstrukturen“ der Organe, „Tumoranämie“, „Kachexie (Gewichtsverlust und Schwäche infolge des Entzugs lebenswichtiger Substanzen durch das Tumorgewebe)“ mit ein.“

Der Tumor parasitiert auf Kosten des Organismus und der Islam auf Kosten der Gesellschaft, an der sozialstaatlichen Vollversorgungsmentalität streng gläubiger muslimischer Großfamilien, die den Westen verachten, sich aber von ihm im großen Stil aushalten lassen, ist dies detailliert zu beobachten. Die finanziellen und sozialen Kosten sind nicht tragbar. Die Gesellschaft stirbt.



Nach alledem ist die lebensfremde Vorstellung der Staatsanwaltschaft, es handle sich bei der Bezeichnung des Islam als „Krebsgeschwür“ um eine (strafbare) „Beschimpfung“ und nicht um eine (im Rahmen der Meinungs- und Pressefreiheit zulässige) exakte und wissenschaftlich fundierte Analogie medizinischer und soziologischer Begriffsbildung, zu verwerfen. Es handelt sich um eine Vorstellung, die wohl auf Unkenntnis beruht, aber auch auf Unverständnis, denn natürlich richtet sich in jeder geordneten Kommunikation die Begriffswahl nach der Sache, so dass die Sache nicht außer Betracht bleiben kann, wenn es um die Angemessenheit einer Begriffswahl geht.

Im übrigen sollte die Staatsanwaltschaft die gestellten Beweisanträge im Zusammenhang lesen. Aus diesem ergibt sich, dass der Islam gerade keine Religion ist, sondern ein totalitäres theo-politisches System, zu dem auch eine Religion gehört, aber eben auch vieles andere.





Juso-Chef: Schwimmbad mit Blut der FDP füllen



Dass es bei Linken bedingt durch ihren dogmatischen Welterlösungsanspruch mit dem Respekt vor politischen Gegnern nicht weit her ist, dürfte regelmäßigen PI-Lesern [nur allzu bekannt sein](#). Gutes Anschauungsmaterial für besagte Haltung bot am Wochenende der Hannoveraner Juso-Vorsitzende Philip Le Butt (Foto). Auf dem Christopher Street Day seiner Heimatstadt skandierte Le Butt immer wieder „Wir füllen unser Schwimmbad mit dem Blut der FDP“ – in unmittelbarer Nähe eines Unfalls.

Die Julis Niedersachsen [berichten](#):

“Wir füllen unser Schwimmbad mit dem Blut der FDP” – diese Worte skandierte gestern Augenzeugen zufolge der hannoversche Juso-Vorsitzende am Rande des Christopher Street Days in Hannover. Wenige Meter entfernt von der Szene hatte es zuvor einen Unfall mit Verletzten gegeben.

Die Julis Niedersachsen sind empört über den Vorfall. "Das Verhalten des Vorsitzenden der Jungsozialisten ist widerlich und hat mit einem politischen Wettkampf nichts mehr zu tun. Ich erwarte von den Jusos eine öffentliche Entschuldigung und entsprechende Konsequenzen", sagt Niklas Drexler, Vorsitzender der Julis Niedersachsen.

Drexler erinnert, dass dies nicht der erste Fall sei, bei dem die Jusos eine Grenze überschritten hätten. Als Beispiel führt er einen Vorfall vom Januar an. Damals hatte ein Juso-Mitglied nach der Dreikönigs- Rede Röslers ihn als Arschloch beschimpft und im Anschluss eine rassistische Fotomontage auf Facebook gestellt. Darauf war Rösler als Soldat im Vietnamkrieg dargestellt, der gerade einen Widerständler erschießt.

"Die SPD sollte einmal grundsätzlich klären, wie ihre Basis mit anderen Parteien – insbesondere der FDP – umgeht."

Inzwischen hat Le Butt folgende Erklärung [veröffentlicht](#):

Am Samstag, den 18.5.2013, habe ich ein Schmählid mit der Textzeile „Wir füllen unser Schwimmbad mit dem Blut der FDP“ gesungen.

Dazu möchte ich erklären, dass mir zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst war, dass sich auf der CSD-Parade ein schwerer Unfall ereignet hatte. Ich wollte zu keinem Zeitpunkt über das sonst übliche Maß des Schmähens des politischen Gegners hinausgehen, insbesondere wollte ich nicht zu Gewalt gegen die FDP und ihren Mitgliedern aufrufen.

Auch mein katastrophal gescheiterter Versuch anschließend bei Twitter mit Ironie, die Äußerung, die nicht ernst gemeint war, zu retten, tut mir außerordentlich Leid, da dieser auch Personen betroffen und verletzt hat.

Der ganze Vorgang tut mir außerordentlich Leid und ich möchte mich hiermit bei allen Beteiligten und den Menschen, die sich

verletzt sehen, entschuldigen.

Zuvor hatte das sozialistische Nachwuchstalentsich auf Twitter noch auf irrwitzig Weise versucht herauszureden (siehe [hier](#) und [hier](#)).

Ausländische Schwerverbrecher

☒ Am Augsburger Landgericht läuft ein Prozess um den wohl größten Fall von Online-Betrug in Deutschland. Karwan M. soll mit seinen Komplizen über 1 Millionen Euro durch betrügerische Onlineshops verdient haben. Nun wurden die ersten Urteile gesprochen. Die [Augsburger Allgemeine berichtet](#):

Seit Mitte Juni läuft vor einer Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Augsburg der Prozess gegen drei der Hauptakteure. Während der mutmaßliche Kopf der Bande, ein 22-jähriger Deutsch-Iraker, noch auf der Anklagebank sitzt, fielen gestern gegen zwei Mitangeklagte die Urteile. Ahmed D. muss wegen gewerbsmäßigen Betrugs für vier Jahre ins Gefängnis. Niklas R. bleibt durch eine zweijährige Bewährungsstrafe dagegen auf freiem Fuß. Außerdem muss der 36-Jährige 10000 Euro zahlen. Das Gericht entsprach damit der Forderung des Verteidigers Klaus Rödl. Sein Mandant hatte nach der Festnahme alles gestanden, auch sein 40-stelliges Passwort, mit dem er seinen Computer geschützt hatte.

Ein Iraker Namens „Hansi“

Niklas R. versicherte im Prozess, bis zuletzt nicht gewusst zu haben, dass er einer Bande angehörte, die riesige Betrügereien verübte. Er hatte nur Kontakt zu einem „Hansi“ gehabt, der ihm

über das Internet Aufträge für neue Webauftritte erteilte. „Hansi“ war einer der vielen Decknamen, unter denen der Deutsch-Iraker Karwan M. auftrat.

Internetbetrug oder [Organhandel](#). Mit dem Zuzug von Menschen aus dem Morgenland macht sich auch deren Lebensart bei uns breit.

Die impotente Reinheit des Nichtwählers



Die Wahl am 20.

Februar in Hamburg ist die erste von insgesamt sieben Wahlen, in denen die Deutschen auf die ungeheuren Vorgänge des Jahres 2010 regieren könnten. Auf die Überwälzung fremder Staatsschulden in der Euro-Krise, auf die Zustände, die Thilo Sarrazin beschrieben hat – und auf die Weise, in der er dafür abgestraft wurde. Es wird für lange Zeit die letzte Gelegenheit bleiben: Bundestagswahlen gibt es erst wieder 2013.

(Von Peter Christoph M.)

Aber die entscheidenden Weichen werden schon in den nächsten Monaten gestellt: ob der Weg in die europäische Transferunion

fortgesetzt wird, ob Deutschland durch eine europäische Wirtschaftsregierung weiter entmündigt wird, ob die Sarrazin-Debatte in irgendeinen Politikwechsel mündet oder einfach irgendwann aus den Medien verschwindet und nichts zurückbleibt als ein paar Burka-Verbote für Verwaltungsangestellte. Dabei treiben die alten Probleme schon neue aus. Der Euro-„Rettungsschirm“ wird verdoppelt, Cem Özdemir fordert massive Hilfen für die neu demokratisierten arabischen Staaten, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis man diese Revolutionen als Argument für den weiteren Zuzug von Einwanderern aus dem arabischen Raum heranziehen wird.

Nichts an den Themen von 2010 war neu: der Euro tat einfach, was seine Gegner immer vorhergesagt hatten. Sarrazin stellte nur längst bekannte Fakten zusammen. Da sollte man meinen, dass es schon lange Oppositionsparteien gäbe, die sich der Euro- und Immigrationsprobleme angenommen hätten und den Herrschenden jetzt auf den Füßen stünden. Und tatsächlich hat es eine ganze Reihe solcher Parteigründungen gegeben. Mit einem gewissen Schrecken stellt man fest, dass der erste dieser Versuche, die Gründung der Republikaner, 1983 erfolgte, also vor fast 30 Jahren. Was immer man gegen diese Parteien sagen kann, zwei Dinge waren ihnen gemein: die Politiken, mit denen sich Deutschland gegenwärtig abschafft und sein Vermögen verschleudert, haben sie nie vertreten. Und wie „rechts“ sie auch immer gewesen sein mögen, gegen eins haben sie sich immer gewehrt, eins haben sie nie sein wollen: wie die NPD.

Schauen wir uns jetzt die Parteien an, die zur Wahl stehen, dann findet man als echte Opposition mit Aussicht auf Erfolg nur den Einzelkämpfer Jan Timke und seine „Bürger in Wut“, die in Bremen [nach Umfragen die 5 % Hürde knacken](#) könnten. Die FREIHEIT in Berlin ist bis jetzt nur eine Hoffnung. Ach ja, und dann gibt es noch eine Partei, die in Sachsen im Landtag sitzt, in Mecklenburg-Vorpommern den Wiedereinzug in den Landtag schaffen könnte und in Sachsen-Anhalt an seinen Toren kratzt: die NPD.

Es ist also etwas gewaltig schiefgegangen in den letzten 30 Jahren. Die politisch frustrierten Bürger sollten zur Abwechslung mal nicht über andere jammern, sondern sich fragen, ob sie selbst etwas falsch gemacht haben. Denn die Medien sind, wie sie sind, und man kann vom politischen Gegner nicht erwarten, dass er die eigene Arbeit macht. Vorwürfe gegen die meist erfolglosen und keinesfalls skandalfreien Kleinparteien haben sich letztlich als irrelevant erwiesen: sie waren nichts, zu dem man aus ganzem Herzen ja sagen konnte, aber wir wären heute schon froh, wenn es etwas gäbe, mit dem man zu den herrschenden Verhältnissen nein sagen kann. Man kann auch die Wähler der etablierten Parteien einmal ausklammern. Für sie hat sich zwar bewahrheitet, dass derjenige, der immer das kleinere Übel wählt, irgendwann ein großes hat. Aber sie hatten zumindest politische Themen, denen sie den Vorrang vor Euro und Ausländerpolitik gegeben haben. Eine Wählergruppe aber gibt es, die in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen ist, für die alle diese Gründe gegen die Wahl von neuen Parteien nicht gelten, eine Gruppe, deren Entrüstung über die Politik ebenso groß ist wie die Folgenlosigkeit ihres Verhaltens: die Nichtwähler, die ihre Stimme lieber wegwerfen, als sie einer neuen Partei zu geben.

„Aber es gab doch nichts!“ rufen jetzt die Nichtwähler. Sofern sie gut informiert sind, ergänzen sie noch: So jemanden wie René Stadtkewitz und seine FREIHEIT hätte es geben müssen, dann wäre man wählen gegangen!

Warum so bescheiden? Stadtkewitz ist ein ehrenwerter Mann und ein erfahrener Kommunalpolitiker. Aber wäre es nicht besser, wenn eine solche Bürgerbewegung von Leuten geführt würde, die sich auf den Korridoren der Macht in Berlin und Brüssel auskennen? Die anerkannte Fachleute auf den Gebieten von Wirtschaft und Recht sind? So etwas hätten Sie gerne? Liebe



Nichtwähler, so etwas hatten Sie schon! Den Bund Freier Bürger, geführt von Manfred Brunner (Foto l.), ehemaliger Kabinettschef des damaligen Binnenmarktkommissars Bangemann. Dem Bund Freier Bürger (BFB) gehörten auch die Professoren Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider an, deren Klagen gegen Griechenland-Rettung und Euro-Rettungsschirm gegenwärtig die einzige Hoffnung sind, irgendetwas gegen die Euro-Ausbeutung Deutschlands zu erreichen. Bei der Europawahl 1994, bei der niemand auf bundespolitische Fragen Rücksicht nehmen musste, ließ der deutsche Wähler bzw. Nichtwähler den BFB mit sagenhaften 1,1% im Regen stehen. Wie anders wäre die deutsche Politik, wenn die Schachtschneiders und Starbattys eine echte bürgerliche Opposition im Bundestag hätten bilden können, statt nur in Karlsruhe zu klagen? Heute können sie nicht einmal in der FREIHEIT mitmachen, weil der BFB in seiner Endphase vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Es hilft nichts: gerade damit die FREIHEIT ein Erfolg wird, müssen wir uns die Frage stellen, ob man seine Stimme eher einer politisch zweifelhaften Partei mit unsicheren Erfolgsaussichten gibt oder bei Wahlen zu Hause bleibt. Denn machen wir uns nichts vor: wenn René Stadtkewitz mit seinem Vorsatz ernst macht, Dinge genauso direkt anzusprechen wie Geert Wilders, dann wird er auch genauso von den Medien diffamiert werden. Die Querelen um die Anmietung von Räumen für Veranstaltungen der FREIHEIT oder um das falsche Flugblatt in Berliner Bussen geben da schon einen Vorgeschmack. Und sollte die FREIHEIT tatsächlich Erfolg haben und in einer Koalition an einer Regierung beteiligt werden, dann werden ihre Vertreter Senats- und Ministerialbürokratien vorstehen, die über 60 Jahre von den etablierten Parteien tief

durchdrungen worden sind und so jedes Interesse daran haben, die Vertreter der FREIHEIT scheitern zu lassen. Es wird jede Menge an internen Streitereien, Sabotage und Indiskretionen geben, die die Medien gierig ausbreiten werden als Beweis für die Unfähigkeit der „Rechtspopulisten“, und wir als Bürger werden den Wahrheitsgehalt vieler Behauptungen nicht überprüfen können. Wählen wird auch in Zukunft nicht heißen, seine Stimme einer blütenweißen Idealpartei zu geben. Wahlentscheidungen werden weiter graue Entscheidungen sein, bei denen wir mit den vorhandenen politischen Optionen bei unsicherer Informationslage und unsicheren Erfolgsaussichten das meiste aus unserer Stimme herausholen müssen.

Genau zu solchen grauen Entscheidungen ist der Nichtwähler nicht bereit. Der Kern des Problems liegt in seinem Verständnis dessen, was man tut, wenn man wählt. Wählen gehen heißt für ihn nur, seine Stimme der Partei zu geben, von der er regiert werden will. Ihre Vertreter muss er sich als Bundeskanzler oder Minister vorstellen können. Kleine Parteien ohne Regierungserfahrung mit Positionen quer zur herrschenden Meinung haben da natürlich schlechte Chancen auf Anerkennung.

Aber gestehen wir dem Nichtwähler diesen Punkt einfach mal zu. Gehen wir davon aus, dass die Kleinparteien, von denen wir reden, nicht regierungsfähig sind. Das ist nämlich gar nicht wichtig. Denn die Erfahrungen in Dänemark und den Niederlanden zeigen, dass es zum Ausüben politischen Einflusses genügt, eine aus etablierten Berufspolitikern gebildete Regierung zu tolerieren. Auf diese Weise kann sich eine neue Partei bei dünner Personaldecke auf die Festlegung von Richtlinien und die Erfolgskontrolle beschränken und die tückische Regierungspraxis den Berufspolitikern überlassen.

Wichtiger ist, dass das Wahlverständnis des Nichtwählers zu eingeschränkt ist. Denn neben der Entscheidung für eine Partei als potentielle Regierung leistet eine Stimmabgabe noch vier weitere Dinge:

1. Mit der Stimmabgabe zeigt sich der Wähler als Nachfrager auf dem politischen Markt: Eine Partei zu wählen heißt ja immer auch: alle anderen Parteien nicht zu wählen. Mit der Stimme für eine Partei zeige ich allen anderen Parteien, in welche Richtung sie sich bewegen müssten, um meine Stimme zu erhalten. Wenn ich etwa wegen der Linksdrift der CDU eine „rechte“ Kleinpartei wähle, wird mein Dissens sichtbar. Weil meine alte Partei jetzt einen Konkurrenten hat, weiß sie, dass sie um mich konkurrieren muss, und mit welcher Politik sie dies tun müsste. In innerparteilichen Richtungskämpfen können die Politiker, die meinen Ansichten nahe stehen, auf das Wachstum der Partei X verweisen, dem man entgegentreten müsse. Die Wähler von Splitterparteien sind darum keine „Protestwähler“, sondern sollten eher als „Richtungswähler“ bezeichnet werden, die sich als Akteure auf dem politischen Markt völlig rational verhalten.

Gehe ich dagegen nicht zur Wahl, dann verschwinde ich vom politischen Markt. Niemand kann erahnen, warum ich das getan habe, und mit welcher Politik er mich erreichen könnte: ich könnte auch aus reiner Trägheit nicht zur Wahl gegangen sein. Genau darum sind Nichtwähler ein äußerst zweifelhaftes Potential, und genau darum werden sie trotz wachsender Zahlen ignoriert. Ein linker Christdemokrat kann immer auf Potentiale bei den Wählern von SPD, FDP und Grünen verweisen, ein rechter Christdemokrat kann dies nicht. Die Wähler, die er zurückholen will, können ja auch im Zuge eines gesellschaftlichen Wertewandels einfach verschwunden sein. Paradoxerweise fällt der Nichtwähler so genau den Politikern in den Rücken, die in den etablierten Parteien noch für ihn kämpfen.

2. Eine Partei muss für diese Wirkung noch nicht einmal die 5%-Hürde überspringen. Schon kleinere Stimmanteile können durch die Etablierung des 5-Parteien-Systems wichtig werden: man denke an die paar tausend Stimmen Vorsprung, mit denen die CDU nach der letzten NRW-Wahl ihren Führungsanspruch in einer großen Koalition begründen wollte. Die Stimme, die der

Nichtwähler wegwirft, ist heute sogar wertvoller als früher.

3. Meinungsumfragen und Analysen von Wählerwanderungen sind kein Ersatz für die Stimmabgabe. Zum einen, weil man nirgendwo so frei ist wie in der Wahlkabine: häufige Abweichungen zwischen Prognose und tatsächlichem Wahlergebnis gerade bei den seltenen Durchbrüchen von Kleinparteien zeigen, wie sehr Politische Korrektheit selbst Umfrageergebnisse beeinflusst. Zum anderen bildet ein Wahlergebnis nicht nur Meinungen ab, sondern auch die Bereitschaft, etwas in ihre Durchsetzung zu investieren, und wenn es nur eine Stimme und ein paar Stunden am Sonntagvormittag sind. Und dieses gewichtete Meinungsbild bleibt bestehen bis zur nächsten Wahl, während Umfrageergebnisse schnell vergessen werden.

4. Von kaum zu überschätzender Bedeutung ist, was man die Institutionalisierungswirkung von Stimmabgaben nennen kann. Der Soziologe Niklas Luhmann hat darauf hingewiesen, dass kein Thema in der Lage ist, die öffentliche Diskussion dauerhaft zu dominieren. Themen haben Karrieren, deren Höhepunkt irgendwann überschritten ist, und dann verschwinden sie wieder aus dem öffentlichen Diskurs. Bevor das geschieht, muss sich die Diskussion zu einem Ergebnis materialisiert haben, etwa einem bestimmten Gesetz oder einer Institution, die das Thema weiter bearbeitet und gewissermaßen am Glimmen hält. Indem ich meine Stimme einer Partei gebe, trage ich zu einer solchen Institutionalisierung bei und lasse eine permanente Drohung von Stimm- und Machtverlusten für die anderen Parteien entstehen. Die gegenwärtige Medienaufmerksamkeit für die FREIHEIT verdankt sie genau dieser Erwartung: dass aus der Sarrazin-Debatte eine „Sarrazin-Partei“ entstehen könnte. Diese enge Verknüpfung mit Sarrazin ist aber auch eine Schwäche, denn diese Debatte wird nicht bis zur Bundestagswahl im September 2013 in unverminderter Stärke anhalten.

Mit dem Verzicht auf die Stimmabgabe verzichtet der Nichtwähler auch auf diese Institutionalisierungswirkung und liefert sich völlig der Thematisierungsmacht der Medien aus.

Aber er konnte hierfür ein gewichtiges Argument anführen: Was ist denn, wenn man der falschen Partei die Institutionalisierung erlaubt? Wird dadurch nicht eine „Marktlücke“ blockiert und verhindert, dass sich „vernünftige“ politische Kräfte neu formieren?

Von einer Ausnahme abgesehen (von ihr wird noch die Rede sein) hat sich diese Befürchtung nicht bestätigt. Rechtsparteien wurden vom Bürger meist ziemlich schnell wieder abgewählt. Die Bürger haben keinerlei Anzeichen einer starken Bindung an solche Parteien gezeigt, so dass davon auszugehen ist, dass sie auf ein besseres Politikangebot umschwenken würden – wenn sie denn danach suchen. Das Schicksal des BFB ist da eine deutliche Warnung. Stattdessen haben die vielen gescheiterten Versuche, eine Partei rechts von der CDU zu etablieren, die Hürde für neue Parteien höher gelegt, und die Tatsache, dass diese Marktlücke so lange effektiv unbesetzt geblieben ist, hat sie der Fremddefinition durch den linken Mainstream ausgeliefert. Es ist wie in der Wirtschaft: es kann leichter sein, sich gegenüber einem schlechten Produkt durchzusetzen, als eine Marktlücke erstmals zu füllen: Im ersteren Fall ist nämlich klar, dass ein Bedarf nach dieser Art Produkt besteht, und dass die Leute bereit sind, dafür zu zahlen. Im zweiten Fall ist dies völlig offen.

Nichtwählen ist also immer eine schlechte Lösung. Wenn es wirklich gar nichts geben sollte, dann sollte man wenigstens irgendetwas wählen, das garantiert keine Aussicht auf Erfolg hat, um wenigstens durch die Vergrößerung des Anteils der „Sonstigen“ seinen Dissens mit dem Angebot an sich geltend zu machen. Warum also nicht die Tierschutzpartei? Oder die Violetten – für eine spirituelle Politik? Auch Spaßparteien wie „Die Partei“ von Martin Sonneborn bieten sich hier an (wichtig für die Hamburg-Wahl).

Einen Trumpf hat der Nichtwähler noch, nämlich den Vorwurf „Das sind doch alles Extremisten!“ Niemand soll extremistische Parteien wählen. Aber er ist dazu verpflichtet, Rechenschaft

über seine Verurteilung einer Partei als extremistisch abzugeben. Jeder weiß spätestens seit letztem Jahr, dass die Medien einseitig berichten, dass sie Fakten verfälschen und unterschlagen – sonst gäbe es PI nicht. Jeder weiß, dass zwischen rechts, rechtsradikal und rechtsextremistisch nicht unterschieden wird, so dass dem Vorwurf jede Trennschärfe fehlt. Dennoch scheinen gerade Nichtwähler dem Extremismusurteil der Medien blind zu vertrauen. Aber warum sollten sie gerade hier auf einmal objektiv sein?

Lieber Nichtwähler, bedenken Sie bitte auch, dass ein weiterer Extremismusbegriff paradoxerweise einer Partei genützt hat, die tatsächlich extremistisch ist: der NPD. Ausgerechnet diese Partei hat sich in einigen Bundesländern festsetzen können, während demokratische Rechtsparteien regelmäßig von den verschreckten (Nicht-)Wählern im Stich gelassen wurden. Es ist zu befürchten, dass die Gefahr, die von der NPD ausgeht, völlig unterschätzt wird. Nicht nur, weil es wie bei der Linkspartei der Fall sein könnte, dass eine Partei sich erst im Osten verfestigt und nach Westen „überschwappt“, sondern weil sie im Gegensatz zu allen anderen Parteien rechts von der CDU arbeitsfähig bleiben könnte. Wie man einem Artikel der Jungen Freiheit vom 3.2.2011 entnehmen kann, werden alle als irgendwie rechts geltenden Parteien und Organisationen heute massiv dadurch beeinträchtigt, dass ihnen für Versammlungen keine Räume mehr vermietet werden oder diese Versammlungen gesprengt werden. Man braucht nur an die geplatzten Diskussionen mit Thilo Sarrazin an der Berliner Humboldt-Universität oder an der [London School of Economics](#) zu denken, auch die FREIHEIT ist schon mehrfach Opfer solcher Aktionen geworden. Die NPD verfügt aber mittlerweile zumindest in einigen Gebieten über eine zuverlässige Infrastruktur und über eigene „Gewaltressourcen“ und wäre dadurch in der Lage, ihren Betrieb auf sich allein gestellt aufrecht zu erhalten.

Unter den heutigen Bedingungen hat ein Wähler darum gegenüber jedem, der seinen Kopf noch aus dem linken Sumpf erhebt, die

moralische Verpflichtung, wenigstens sein Wahlprogramm zu lesen und sich ein eigenes Urteil über dessen angeblichen Extremismus zu bilden. Eine gute Stimmgabel für das eigene Extremismusverständnis ist auch der Satz „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!“ Falls Sie das für extremistisch halten: der Satz stammt von Helmut Schmidt aus dem Jahre 1982.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Auch unter allen genannten Gesichtspunkten kann man weiterhin nicht zur Wahl gehen – jeder ist da absolut frei. Man muss sich nur klar sein, dass damit der Preis der politischen Impotenz verbunden ist – und dass die Reinheit von allen Zweifeln und Extremismusvorwürfen, die sich der Nichtwähler bewahren will, eine Illusion ist. Wer nicht gegen die herrschenden Verhältnisse stimmt, stimmt für sie. Man kann das mit gutem Gewissen tun, wenn man begründen kann, dass die Wahl einer Splitterpartei und ihr Einzug in ein Parlament auf den Bänken der Opposition schlimmere Folgen hätte als die ungehinderte Fortsetzung der herrschenden Politik. Und da muss einiges aufgewogen werden: Während Sie dies lesen, lieber Nichtwähler, bluten die Milliarden für Euro und Sozialmigranten weiterhin ungehindert ins Nichts. Während Sie dies lesen, werden Deutsche Opfer von Migrantengewalt und trauen sich nicht einmal, das zur Anzeige zu bringen, weil das alles nur noch schlimmer macht. Für tausende, wenn nicht zigtausende Kinder vergeht ihre Jugend, von der sie nur eine haben, in dem Leben, von dem jeder nur eines hat, im Schatten von Angst, Gewalt und Erniedrigung durch bestimmte Migrantengruppen – und einer Gesellschaft, die ihr Leid bewusst vertuscht. Irgendwo feilen Journalisten gerade an Schmähchriften über neue politische Kräfte, gegen die alle Abgrenzungsbemühungen dieser Gruppen nichts fruchten werden, weil Sie, lieber Nichtwähler, diese Vorwürfe am Ende doch schlucken werden, weil man Sie mit dem Schlagstockwort „Rechts“ in jede beliebige Richtung treiben kann.

Sie sehen, Sie brauchen wirklich gute Gründe dafür, nicht zur

Wahl zu gehen.

Ich hoffe, Sie haben sie.

Queen: Barfuß und mit Kopftuch in Moschee



Die britische Königin Elizabeth II. absolviert derzeit einen zweitägigen Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, das sie zuletzt vor 31 Jahren besucht hatte. Am Mittwochabend war die Monarchin gleich nach ihrer Ankunft zur großen Scheich-Said-Moschee gefahren und betete vor dem Grab des 2004 verstorbenen Herrschers. Sie [betrat die Moschee barfuß](#) und trug dabei ein mit goldfarbenen Fäden durchwirktes Kopftuch um ihren Hut.

Dazu schickte uns PI-Leser Niklas S. folgende Email:

Sehr geehrtes Team,

mit Schrecken musste ich sehen, wie das englische Oberhaupt des Staates, die Königin, ihre royale Krone ablegte, einen Schleier überzog und sich als eine der mächtigsten Christinnen in einer arabischen Moschee selbst erniedrigte.

Eine besondere Freude für die Islamisten, wenn sich ein Land erniedrigt, welches das Kreuz auf der Flagge trägt.

Zur Anmerkung: die Gattin des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, Loki Schmidt, trat als freie Frau mit offenem Haar, den Arabern auf dem roten Teppich gegenüber. Dies ist gefühlte 100 Jahre her.

In der Boulevard Sendung „Prominent“ vom heutigen Tage (25.11) wurde die Queen, mit Ihrem Kniefall „Woman of the day“.

Es ist unsäglich, wie heute das Abendland Schritt für Schritt immer mehr einknickt und eine faschistoide Religion hoffähig gemacht wird. Ich kenne keine Bilder von Scheichs, die sich beim Besuch einer Kiche bekreuzigen, um so die Sitte zu waren.

Ich bitte hier in aller Form öffentlich dagegen zu protestieren.

Hier ein Video zum Moscheebesuch der Queen:

Stellungnahme von Alexander Conrad (JU Köln)



Noch bis Anfang des Jahres war Alexander Conrad (Foto) Forenmoderator für www.cdu-koeln.de, bis aufgrund eines [PI-Artikels](#) und einer Erwähnung auf der pro Köln-Seite bekannt wurde, dass er Monate zuvor die Bürgerbewegung pro Köln mittels eines [Videolinks](#) gegen den ungerechtfertigten Vorwurf des Rassismus und Antisemitismus verteidigt hatte. Am vergangenen Mittwoch demonstrierte Conrad erstmals [gemeinsam mit pro Köln](#) gegen die geplante Großmoschee in Ehrenfeld (Videos der Mahnwache [hier](#), [hier](#) und [hier](#)), woraufhin sich die Junge Union Köln sogleich „deutlichst von Alexander Conrad und von pro Köln, sowie von deren undemokratischen und integrationsfeindlichen Zielen“ distanzierte. Wir veröffentlichen nachfolgend eine Stellungnahme von Alexander Conrad zu seiner Entscheidung, der Jungen Union den Rücken zu kehren.

Stellungnahme von Alexander Conrad:

Mit Freude und Dankbarkeit nehme ich die [Distanzierung](#) meines JU-Vorsitzenden und des hinter ihm stehenden geschäftsführenden Kreisvorstands zur Kenntnis. Ich meinerseits distanzieren mich hiermit von dem undemokratischen und integrationsfeindlichen Verhalten meiner Parteikollegen.

Ich distanzieren mich ebenso von Klüngelei und Vorteilsnahme meiner Parteikollegen, die bereits auf JU-Ebene anfängt. Insbesondere distanzieren ich mich in diesem Zusammenhang von den beiden JU/CDU-Ratskandidaten Dr. Cornelia Herbers und Niklas Kienitz, über die in Bezug auf die JU-Nominierung nicht einmal getrennt abgestimmt werden konnte, die aber eindeutig

zur Riege der Islamisierungsbefürworter gehören.

Die Absurdität des Vorwurfes von undemokratischen Zielsetzungen dürfte meinem JU-Kreisvorsitzenden klar werden, wenn er sich an den letzten Film und Diskussionsabend der Reihe, die ich (mehrfach) angeregt hatte und auch offiziell „inhaltlich betreuen“ durfte, erinnert. Denn dort hatte ich sehr deutlich in seiner Anwesenheit den Ausspruch „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandt zitiert. Im Übrigen habe ich mich auch sonst, wenn sich die Gelegenheit bot, für mehr innerparteiliche Demokratie und auch für mehr Bürgernähe eingesetzt.

„Integrationsfeindliche Äußerungen“ dürften ihm auch von mir nicht in Erinnerung sein. Allerdings scheint ihm nicht klar zu sein, dass Islamisierung und Moscheebauprojekte keine Integration in die freiheitliche demokratische und rechtsstaatliche deutsche Gesellschaft begünstigen, sondern dieser in der Regel massiv entgegen wirken.

Ich empfehle in diesem Zusammenhang dringend folgende Dokumentarfilme: [Islam, was der Westen wissen muss](#) (guter Einstieg in die Thematik), [Islam and the West](#) (sehr umfassende Dokumentation auf Englisch), [Obsession: Radical Islam's War Against the West](#) (zur Vertiefung auf Englisch).

Aber oft haben jene deutschen Islamisierungsbefürworter nicht einmal den [Artikel über „Mohammed“ bei Wikipedia](#) gelesen und geben nur das wieder, was ihnen Islamverbände einflüstern.

Ebenfalls distanzieren sich die mit undemokratischen Mitteln geführten „Kampf gegen Rechts“ und menschenverachtenden Äußerungen wie [„braune Soße, die ins Klo gehört“](#) von Seiten führender Politiker in Bezug auf pro Köln.

Ich distanzieren mich vom integrationsfeindlichen Kulturrelativismus der dogmatischen und unverbesserlichen Multikulturalisten. Ich distanzieren mich von der Politik der aktuellen CDU/JU-Führungsränge, die nicht im Mindesten dem §1

der CDU-NRW Satzung:

„Die Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) [...] wollen das öffentliche Leben im Dienste des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten.“

oder dem ministerialen Amtseid:

„Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

entspricht.

Ihr demokratiefeindliches Verhalten zeigt sich sogar dadurch, dass sie keine Kommentare zu diesem Thema zulassen. Vielmehr hat man Angst vor der Wahrheit. „Schlimmer als blind sein, ist, nicht sehen wollen.“ (Lenin) Isaak Newton sagte einmal „Wenn ich weiter sehen konnte, so deshalb, weil ich auf den Schultern von Riesen stand.“

Die politische Klasse ist sich nicht bewusst, worauf sie steht und wovon sie profitiert, statt dessen hört man hohle Phrasen, wie „Uns gehört die Zukunft“, wenn man Jungfunktionäre mal auf ihr geschichtliches Wissen in Bezug auf die eigene Partei anspricht. Demokratie und Freiheit sind Werte, für die andere ihr Leben in Deutschland gelassen haben. Das Mindeste, was ich dafür tun kann, ist, dass ich zu einer Mahnwache gehe und für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung der Frauen und (auch negative)

Glaubensfreiheit in Deutschland eintrete.

Wer die eigene Vergangenheit nicht kennt, wird auch die [eigene Zukunft verspielen](#). Ich bin mit Sicherheit nicht das, was man traditionell einen „Rechtsaußen“ nennt. Ich bin liberal/freiheitlich-konservativ. Ich grenze mich aber ab von Sozialismus in allen Farben (rot, braun, grün, schwarz), sowie vom „Neokonservatismus“ und vom Kulturrelativismus und dem damit einhergehendem Sittenverfall im zwischenmenschlichen Bereich.

Alexander Conrad

CDU: Hochzeit mit rechtsextremen Türken



Claudia Roth im fiktiven Interview. Bei der Frage, ob die Gefährlichkeit von Neonazi-Vereinen überschätzt wird, drückt sich Roth um eine klare Antwort: Sie will Streit vermeiden, lieber „Brücken bauen, um Konflikte zu beheben“, wie sie sagt. Sie wolle die Aktivitäten einzelner Neonazi-Gruppen nicht bewerten.

Würde Claudia Roth in der Wirklichkeit solche Antworten geben, Ihr Rücktritt wäre nur eine Frage von wenigen Stunden. Tauscht man aber Claudia Roth gegen einen führenden türkischen CDU-Funktionär aus und bezieht die obigen Antworten auf türkische

Rechtsradikale, wird aus der Fiktion leider traurige Wahrheit und weder Rücktritt noch massive Kritik sind die Folge.

[Eftan Kara](#) (Foto oben) ist der Vorsitzende des Kölner Kreisverbandes des sog. Deutsch-Türkischen Forums in der CDU (kurz DTF). Ein smarterer Typ mit perfekt sitzender Krawatte und konziliantem Lächeln mit besten Verbindungen zur DITIB. Im Vorstand der DTF Köln sitzen auch: Walter Reinarz, der ehemalige technische Vorstand der KVB der qua Parteibuch an seinen Job kam und die Durchführung der Tunnelarbeiten im Bereich des eingestürzten Kölner Archivs zu verantworten hat (für 10 Jahre KVB-Tätigkeit streicht Reinarz jedes Jahr eine lebenslange „Rente“ i. H. v. 300.000 € ein) sowie Jürgen Hollstein – der neue farblose CDU-Vorsitzende (durch Schrammas Gnaden) und auch der Kölner CDU-Fraktionsvorsitzende Winrich Granitzka, ehemaliger Polizeichef und nun Geschäftsführer eines Kölner Sicherheitsunternehmens, das (auch) von städtischen Aufträgen (!) lebt.

Die Ziele des DTF klingen harmlos: „Die Belange der Türkeistämmigen Kölner sollen stärkere Berücksichtigung in der CDU finden. Gleichzeitig will das DTF den Menschen aus türkischen Familien die CDU-Politik näher bringen“. Die ungeschriebene Realität sieht dagegen viel brisanter aus.

– Kurz nachdem das Deutsch-Türkische Forum in Köln gegründet wurde, kam es zu Masseneintritten von Türken in die CDU Köln, infolge dessen mehrere Vorstände von Kölner CDU-Ortsverbänden zugunsten der Parteiführung um Walter Reinarz gestürzt und durch ihm genehme Satrapen ersetzt wurden ([PI berichtete](#)). Teilweise verstanden die „Neumitglieder“ kein Deutsch oder wollten sich ernsthaft mit ihrem Parkticket ausweisen.

– Moschee-kritische Anträge wurden von den neuen Vorständen, die jetzt zu einem nicht unerheblichen Teil auch aus DITIB-Mitgliedern bestehen, kurzerhand kassiert.

– Der CDU-Vorsitzende Jürgen Hollstein trat kurze Zeit später

bei einer Veranstaltung der rechtsextremen Organisation „Graue Wölfe“ auf ([PI berichtete](#)). Überliefert sind „Herzliche Grüße von der CDU“. Selbst dem Stadtanzeiger war dies einige kritische Fragen wert, worauf Hollstein sich mit Nichtwissen rechtfertigte. Sicher, Hollstein ist ja auch nur langjähriger Landtagsabgeordneter und gut ausgebildeter Akademiker.

– Nicht zu vergessen der ebenfalls in diesem Zeitraum von der DITIB gegründete Moschee-Beirat. Vollmundiges Versprechen der DITIB: Dort würden Befürworter und Kritiker ihren Platz finden und ergebnisoffen über die neue Monstermoschee diskutieren. Ergebnis: Als „Kritiker“ führte die DITIB „CDU-Politiker“ an. Das waren in Wahrheit: Fritz Schramma, Niklas Kienitz und Jochen Falkenhorst. Alle drei dickste CDU-Moscheebefürworter und strikte Uckermann-Gegner, die den (Krumm)Dolch durch die von der CDU-Führung forcierten türkischen Masseneintritte schon zum Anschlag auf den unbeugsamen Kommunalpolitiker angesetzt hatten.

– Und überhaupt: Die DITIB, aus deren Umfeld die meisten DTF-Mitglieder stammen. Der Stadtanzeiger bezeichnet diese Organisation als „gemäßigt“. Aber erstens führt dieser Begriff in die Irre, weil ein bisschen grundgesetzfeindlich auch nicht hinnehmbar ist und zweitens sind die dicken Verbindungen zu Organisationen wie Milli Görüs und Graue Wölfe schon lange bekannt. In diesem Kontext sollte die Recherche von zwei Journalisten aus dem Jahre 2001 nicht vergessen werden: In einem Telefonat mit DITIB-Funktionären hatten sie vorgegeben, muslimischen Glaubens zu sein und äußerten sich beifällig zu den Terroranschlägen auf das WTC – was die DITIB zu der sinngemäßen Aussage verleitete, eine solche Einstellung sei völlig in Ordnung, man sollte dies aber tunlichst nicht gegenüber der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen.

1933 war es Franz von Papen, Mitglied der CDU-Vorläuferpartei „Zentrumspartei“ der mit dem Spruch „Wir haben ihn uns engagiert“ eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte einläutete. Bei Schramma, aber auch bei Rüttgers

und Merkel dürfte es heißen: „Wir haben sie uns engagiert“. Die CDU hat Ihre Werte und Prinzipien wie schon ihre Vorgängerpartei in der Weimarer Zeit verraten und verkauft.

(Gastbeitrag von TU)

Polizei Bremen: Multikulti schön geredet

☒ Ganz so friedlich, wie man uns glauben machen wollte, verlief das Fußballspiel Türkei – Deutschland wohl doch nicht. Aber weil nicht sein kann, was nicht sein soll, und kein Schatten auf die herbeifabulierte deutsch-türkische Freundschaft fallen soll, muss in Bremen sogar die Polizei einen Bericht verfassen, der manchen Strafverteidiger vor Neid erblassen lässt. Sogar ein Messerüberfall mit stationärem Krankenhaus- aufenthalt des Opfers wird da zur harmlosen „Rangelerei“ beschönigt.

Aus dem [Bremer Polizeibericht](#):

Ort: Stadtgebiet Bremen Zeit: Abend und Nacht zum 26.06.2008-

Wie immer, wenn zu einem außergewöhnlichen Anlass eine Vielzahl von Menschen im öffentlichen Raum zusammenkommt, gibt es im Randbereich auch Vorkommnisse, die polizeiliches Einschreiten erforderlich werden lassen. Gleichwohl muss positiv festgestellt werden, dass das Fußballevent mit der erhofften Friedfertigkeit zwischen türkischen Fans und deutschen Fans abgelaufen ist.

Noch vor Spielbeginn um 20.35 Uhr kam ein 17-jähriger Deutscher in eine Auseinandersetzung mit mehreren Südländern,

die ihn in der Sögestraße umringten und attackierten. Die Gruppe hatte es auf den „Deutschlandzylinder“ abgesehen, den sie schließlich raubten. Erst später stellte der Jugendliche fest, dass er im Rückenbereich auch zwei (allerdings eher oberflächliche) Stichverletzungen abbekommen hatte.

Während der Spielübertragung selbst gab es auf dem Domshof eine körperliche Auseinandersetzung zwischen türkischen Fans. Die Ursache blieb der Polizei verborgen, nach Schlag mit einer Flasche und dem Gerangel zwischen bis zu 30 Personen, nahm die Polizei elf Personen in Gewahrsam und die Übertragung konnte dann ungehindert ablaufen.

Noch während des Spieles begaben sich dann auch viele Fans von den Übertragungsbildschirmen der Kneipen auf die Straßen. Die Polizei richtete ihr Augenmerk auch auf eine Gaststätte am Breitenweg, wo Tage zuvor rechte Fußballfans nach Provokationen hingeflüchtet waren. Hier blieb die Situation ruhig, allerdings waren es nun arabische, kurdische und türkische Gruppen, die sich im Bereich Bahnhofsvorplatz und angrenzenden Straßen gegenseitig verfolgten. Durch das polizeiliche Einschreiten mit Personalienfeststellungen wurde eine Eskalation verhindert. Hilfreich war dabei der Einsatz der Diensthunde, zwei Übermütige mussten erfahren, wie schmerzhaft ein Hundebiss ist.

Nach der Übertragung fanden sich dann auch viele Fans am Bahnhof ein, um an den Haltestellen die Rückreise anzutreten. So auch ein 24-Jähriger, der mit seiner Freundin heimfahren wollte. Die Freundin wurde von drei südländischen Männern angepöbelt. Der 24-Jährige wollte ihr beistehen, daraus ergab sich eine Rangelei. Dabei haben zumindest zwei mit einem Messer auf den 24-Jährigen eingestochen, der Verletzungen im Bauch und oberen Rückenbereich davon trug. Er musste stationär ins Krankenhaus, Lebensgefahr besteht aber nicht.

Auf der Sielwallkreuzung versammelte sich eine Vielzahl von Personen, die Kreuzung war vorsorglich gesperrt worden. Aus

der Menge heraus wurde ein Knallkörper auf einen Polizeibeamten geworfen, der glücklicherweise nur leicht verletzt wurde.

In Bremen-Nord wurde nach der Übertragung offenbar aus Übermut der Versuch unternommen, einen Linienbus aufzuschaukeln. Diese Aktion wurde allerdings schnell durch einschreitende Polizeibeamte unter Einsatz von Pfefferspray verhindert.

Irritierend war ein in den Medien aufgekommenes Gerücht über einen Schusswaffeneinsatz im Zusammenhang mit der Übertragung. Dem ist nicht so. Es gab allerdings um 22.50 Uhr in der Kirchhuchtinger Straße einen merkwürdigen Überfallversuch an der Wohnungstür: Zwei Männer zwischen 16 bis 20 Jahren klingelten dort. Der 66-jährige Wohnungsinhaber öffnete und die beiden als Fußballfans verkleideten Männer stürmten mit den Worten „Überfall“ herein. Doch der Wohnungsinhaber stellte sich in den Weg und es kam zu einem Gerangel, in dessen Verlauf sich ein Schuss aus der Schreckschusswaffe löste. Sofort flüchteten die beiden Täter.

Anscheinend war der Überfallene hier mit einer geeigneten Waffe auf den Notfall vorbereitet? Gegenwehr mit einer Gas- oder Schreckschusspistole führt, wie man sieht, nicht zwangsläufig zur Eskalation zum Nachteil des Opfers, wie auch polizeiliche Gegner des Notwehrrechtes immer wieder ohne empirischen Beleg behaupten. Die Fluchtreaktion der Täter ist nach allgemeiner Erfahrung sogar die weitaus häufigere Variante. Gut zu wissen, in Zeiten, wo man doch leicht Opfer einer „Rangelei“ wird.

(Spürnasen: Niklas S., Patrik S., Peter B.)



PI siegt vor Gericht



Zu den wütendsten Gegnern der freien Meinungsäußerung und Informationsverbreitung im Internet gehören inzwischen Journalisten und solche, die es sein wollen. Kein Wunder. Das Vorrecht des oft schlecht gebildeten Berufsstandes, zu entscheiden, was die Öffentlichkeit erfahren darf und welche Meinung dazu in den gesellschaftlichen Diskurs eingehen darf, ist durch die demokratischen Möglichkeiten des Internets ins Wanken geraten. Zur gerade aktuellen Diskussion passt ein Urteil des Landgerichts Köln, das die Klage eines Journalisten gegen PI kostenpflichtig abweist.

Besonders zimperlich sind selbsternannte Qualitätsjournalisten nicht in ihrer Wortwahl, wenn es darum geht, die Meinung anderer einzuordnen. Etwa Niklas Hofmann [in der Süddeutschen](#):

Konkreter Anlass für die Überlegungen Haeuslers waren hasserfüllte Kommentare aus dem Umfeld diverser antiislamischer Seiten, die sich um das Leitblog „Politically Incorrect“ scharen. Kommentatoren aus dieser Ecke betätigen sich mit ihren Postings massenhaft als Brunnenvergifter der

deutschsprachigen Netzöffentlichkeit. Die Frage wie mit solchen Kommentatoren umzugehen ist, stellt sich erst ab einer gewissen kritischen Masse an Feedback.

Oder Stefan Niggemeier [in der FAZ](#):

Es gibt viele weitere Mahnmale, die allerdings schlechter als solche zu erkennen sind: all die Online-Artikel zum Beispiel über Ausländerkriminalität und den Islam, unter denen es keine Kommentarmöglichkeit gibt, weil sie irgendwann abgeschaltet wurde, nachdem eine Horde Fanatiker nicht enden wollende Mengen Hass und Menschenverachtung in die Diskussion gekippt hatte.

Das lässt sich, wie PI täglich zeigt, und dabei nur selten Kommentare löschen muss, vermeiden, indem man eben etwas differenzierter berichtet als Qualitätsmedien es zu tun belieben. Wer bei üblen Verbrechen stets von „Südländern“ fabuliert, schürt tatsächlich in unverantwortlicher Weise Hass und Generalverdacht gegen „Ausländer“. Gut unterrichtete Leser wissen dagegen längst, dass es sich zumeist nur um eine bestimmte Problemgruppe innerhalb der größtenteils gut integrierten „Ausländer“ handelt. Der Ton des Beitrags macht eben auch die Musik der Kommentare, weswegen alle Versuche selbsternannter Drachentöter, juristisch gegen islamkritische Blogger vorzugehen, gescheitert sind. Stefan Niggemeier dagegen wurde sehr wohl schon gerichtlich ermahnt, die Kommentare des eigenen Blogs besser zu kontrollieren und vor kurzem wurden erst [zwei Blogwarte zu hohen Geldstrafen verurteilt](#), weil sie Dr. Ulfkotte in ungebührlicher Weise beschimpft hatten.

Auch der von Niggemeier zitierte Stern-Journalist Jörges kann gut beschimpfen. Von der eigenen Kundschaft scheint er nicht viel zu halten und gibt dabei ein Beispiel eines eigenen Qualitätskommentars, den wir zumindest auf PI nicht zur Nachahmung empfehlen:

Wenn Journalisten über die neue Medienwelt reden, in der Leser unter ihre Artikel im Internet einfach Kommentare schreiben können, klingt es oft, als sprächen sie von Naturkatastrophen – unkontrollierbar, mächtig, gefährlich. Bei „Stern“-Journalist Hans-Ulrich Jörges ist es gar eine Frage der Kanalisation: „Die guten Redaktionen sollten ihre Siele geschlossen halten, damit der ganze Dreck von unten nicht durch ihre Scheißhäuser nach oben kommt“, formulierte er im vergangenen Sommer.

Viel empfindlicher sind Journalisten dagegen, wenn es nicht um die Beurteilung der Leserschaft, sondern um sie selber geht. Ein Vertreter der Unberührbaren fühlte sich durch zwei Formulierungen im Kommentarbereich von PI im Jahre 2005 beleidigt und beschwerte sich beim damaligen Blogbetreiber Stefan Herre über einen Rechtsanwalt, mit der Aufforderung, die betreffenden Kommentare zu löschen. Dem wurde entsprochen, denn auch PI lehnt persönliche Beleidigungen ab.

Angeregt von dem vermeintlichen Erfolg und interessanterweise auch unter Bezug auf negative Darstellungen von PI in den Qualitätsmedien, keimte im Beleidigten der Wunsch, sich nach eineinhalb Jahren Bedenkzeit am Gründer des Blogs für eine angeblich erlittenen Schaden vierstellig zu bereichern. Das Ansinnen erwies sich, um es einmal in der Vorstellungswelt eines Stern Journalisten zu formulieren, als Griff ins Klo.

Nach der PI-Kritik an einem seiner Artikel und den nachfolgenden Kommentaren habe der kritisierte eine Flut von Emails erhalten. Unter anderem sei der Eindruck entstanden:

„er habe keine Ausbildung genossen, während er doch das Abitur und ein Journalistikstudium absolviert habe. In der fraglichen Zeit zwischen dem 29. Dezember 2005 und dem 1. März 2006 sei der Kläger einer Hetzkampagne ausgesetzt gewesen, in der er als Trottel oder Jugendverführer und als antisemitisch gebrandmarkt worden sei. Der Blog „Politically

Incorrect“ werde, z.B. auf der Internetseite des WDR, von Kritikern als Verbreiter von rassistischer Propaganda – in Bezug auf den Islam – bezeichnet. Demgegenüber sei seine Internetseite (...) mehrfach ausgezeichnet worden.“ (Zitat aus dem Urteil des Landgerichtes Köln)

Durch diese Erlebnis, so behauptet der klagende Journalist weiter, sei ihm gar die Freude an der Arbeit abhanden gekommen und er habe sich beruflich ganz neu orientieren müssen. Vor Gericht klagte er jetzt auf eine stolze vierstellige Summe als Schadensersatz.

Das Gericht war auch nach mündlicher Verhandlung nicht von der Argumentation des Klägers zu überzeugen, sah keine Voraussetzungen für die Zuerkennung eines Schadensersatzanspruches gegeben und wies die Klage ab. Die Kosten des Verfahrens, also Gerichtskosten und Kosten für die Anwälte beider Parteien gehen zu Lasten des Klägers. Statt des erhofften warmen Geldregens zu Ostern gibt es eine kalte Dusche vor Gericht und die Kasse klingelt rückwärts.

Offenbar fällt es besonders Journalisten immer wieder schwer zu begreifen, dass ihre auch als „vierte Gewalt“ betrachtete Branche eben nicht die Legislative ist, und diffamierende Zeitungsartikel über anders Denkende noch keinen Gesetzesstatus haben. Vor Gericht gibt es dann ein böses und kostspieliges Erwachen. Unverständlich bleibt, dass manche Anwälte es nicht für nötig halten, rechtzeitig die Notbremse zu ziehen, um ihre Mandanten vor finanziellem Schaden zu schützen.

Um Spekulationen vorzubeugen: Es handelt sich bei dem Kläger um keinen der im Artikel namentlich genannten Journalisten.

Alles Einzelfälle...

Zuwanderung sollen wir gefälligst als Bereicherung begreifen, statt immer nur über Probleme zu klagen, [riet vor einem Jahr](#) der damalige Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Berlins sozialdemokratischer Bildungssenator Jürgen Zöllner. Wir haben ein paar dieser aktuellen Chancen zusammengetragen und gehen davon aus, dass die Opfer nicht über ihre individuell empfundenen Probleme klagen werden. Sie sollten sich immer vor Augen führen, dass es sich nur um Einzelfälle handelt.

Ein nicht näher erwähnenswerter Kleinblog freut sich ganz schrecklich, dass im Falle [dieses Rentners](#) endlich einmal Deutsche zugeschlagen haben sollen (PI [berichtete](#)). Nun ja, wie deutsch diese Deutschen waren, ist durchaus nicht klar. N-tv [beschrieb](#) vor vier Tagen die „Deutschen“ so:

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich vermutlich um Südländer.

Deutsche Südländer eben. Und selbst wenn es Deutsche ohne Zuwanderungshintergrund waren, beweist die Tatsache, dass man die deutsche Nationalität der Täter so hervorheben muss, doch nur, wie selten sie geworden ist.

In Bielefeld versuchte eine Gruppe junger Türken einem Busfahrer das Wort „Bereicherung“ [zu verdeutlichen](#):

B/Am 12.1., gegen 21.25 Uhr, hielt ein 35jähriger Bußfahrer (als Fahrer des Linienbusses 21) an der Haltstelle „Jahnplatz“. Dort stieg eine Gruppe Jugendlicher in den Bus ein. Der erste Jugendliche zeigt dem Bußfahrer sein Ticket, ein so genanntes „Fun-Ticket“ vor, das jedoch auf eine Person begrenzt ist. Hierauf machte der Bußfahrer den Jungen aufmerksam und führte weiter an, dass die anderen Jugendlichen den Fahrpreis zu entrichten hätten. Sofort

begannen die Jugendlichen, den Busfahrer mit den Worten: „Was willst du? Du Hurensohn!“ zu beschimpfen. Als der 35jährige hierauf seine Fahrerkabine verließ, um die Jugendlichen aus dem Bus zu verweisen, schlugen diese unvermittelt mit Händen und Fäusten auf ihn ein. Während des Handgemenges stürzte der Busfahrer mit dem Oberarm gegen eine metallene Begrenzung der Fahrerkabine und verletzte sich. Anschließend flüchteten die Jugendlichen zu Fuß in Richtung Kesselbrink. Der Busfahrer verletzte sich leicht. Er wollte selbstständig einen Arzt aufsuchen. Beschreibung: 3 bis 4 Jugendliche (oder Männer?). Sie sollen zwischen 18 und 20 Jahre alt sein. Es soll sich bei ihnen um Südländer vermutlich Türken handeln.

Wenn sie deutsche Pässe haben, werden geistig Minderbemittelte vor Freude ein Online-Feuerwerk entzünden.

In Berlin wurde ein Zuwanderer [Zeuge der Bereicherung](#) durch andere Kulturen. Vielleicht überlebt er sogar diese einzigartige Chance.

Zwei Tage nach dem Vorfall war der 17-Jährige am Sonntag nicht mehr in Lebensgefahr. Der Jugendliche, der aus Russland stammt, werde auf der Intensivstation einer Klinik behandelt, sagte eine Polizeisprecherin. Er hatte am Freitag gemeinsam mit einem Verwandten und Freunden das Hallenbad Schöneberg besucht und war dort mit einer anderen Gruppe Jugendlicher in Streit geraten. Beim Verlassen des Bades traf er in der Hauptstraße auf die vorherigen Kontrahenten, die in der Zwischenzeit offenbar Verstärkung geholt hatten. Mehrere Personen aus der etwa 20-köpfigen Gruppe griffen den 17-Jährigen an und schlugen und traten ihn. Anschließend flüchteten die Angreifer in einem Bus.

Erst zu diesem Zeitpunkt habe der Jugendliche bemerkt, dass er blutete, sagte die Polizeisprecherin. In einem Krankenhaus wurde eine Stichverletzung diagnostiziert. Die Täter wurden laut Polizei von Zeugen als türkisch- oder arabischstämmig

beschrieben.

Migranten als Opfer der Zuwanderung. Auch als Retter vor den Auswüchsen der Bereicherung treten sie in Erscheinung, und wir werden nicht versäumen, [darauf hinzuweisen](#):

Dennis B. (19, Azubi), kommt aus der Disco, will nach Hause. Plötzlich umzingeln ihn drei Männer, laut Polizeibericht „vermutlich Araber“. Einer schreit: „Gib dein Handy raus!“ Als sich Dennis weigert, zieht einer von ihnen einen sogenannten „Totschläger“, drischt auf ihn ein. Dennis geht zu Boden, die Täter prügeln weiter. Nasenbeinbruch, blaues Auge, Schürfwunden. Dennis: „Ich hatte Glück. Hätte mich der Schläger an der Schläfe getroffen, ich wäre wohl nicht mehr aufgewacht.“

Dann lassen die Schläger von dem Jungen ab, bedrohen wenige Meter weiter Taxifahrer Ali Y. (34). Doch der Fahrer drückt den Alarmknopf. Sofort sind sieben Kollegen – alles türkische Taxifahrer – zur Stelle, vertreiben die miesen Schläger.

Am Ende des Beitrages stehen da wieder neue Beispiele von Migrantengewalt. Das sind aber nur Einzelfälle...

(Spürnasen: Wolfgang D., Niklas S., John Doe und Bernhard Sch.)